Nr. 32. 11. Jahrgang. Hamburg, 9. August 1903.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Ehrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel, Plauen und Straßburg i. E. fernzubleiben.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Kolberg. (Telegramm.) Bei der Firma Gellert & Maaß sind sämtliche Tischler ausständig. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Grünstadt in der Pfalz, Höchst a. M., Neuruppin, Kelkheim im Taunus, Nowawes-Neuendorf, Wurzen (Streik), Hadersleben, Kolberg (Gellert & Maaß), Halle, (Schaible), Anklam (Jaschob), Wiesbaden (Morg, Hofschreinerei), Straßburg i. Elsaß, Weißensee (Kraus, Langhansstr. 22, und Hahn & Metzkor), Leipzig (B. Grosz, Ellenburgerstraße);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühldorf am Inn und Neusorg (Kempf & Geiger);

Tischlern, Drechslern und **Maschinenarbeitern** nach Ottensen (Hahne & Witte);

Gummidrechslern nach Weißenfels (Kibele);

Stuhlbauern, Drechslern und Polierern nach Preußisch Holland (Ohlschlägel & Co.), Neuhausen (Stuhlfabrik E. Seifert);

Korbmachern nach Corbetha (R. Thieme und F. Muth);

Drechslern nach Altona (Maaß), Hainichen;

Pechern, Bürsten- und Pinselmachern nach Lauterberg a. H. (Kaufmann),

Ausland.

Schweden: Von **Korbmachern** nach Pärstorp (Essigfabrik).

Schweiz: Von **Schreinern** nach Bern.

Oesterreich: Von **Schreinern** nach Triest.

Dänemark: Von **Korkarbeitern** nach Kopenhagen.

Kommunale Wohnungspolitik.

=fk= Auf dem weiten Gebiete der Wohnungsfrage sind von außerordentlicher Wichtigkeit jene mühevollen Einzelarbeiten, die sich mit der Untersuchung und Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse beschäftigen. Der deutsche „Verein für Sozialpolitik" hat das unstreitbare Verdienst, bereits vor einem Menschenalter auf diesem Wege vorangegangen zu sein. Seine Unternehmungen vom Jahre 1872, dann wieder vom Jahre 1886 und endlich vom Jahre 1901 haben eine Menge Tatsachen-Material geschaffen und mancherlei Klärung in die äußerst schwierige Frage des Wohnungswesens gebracht. Vor kurzem ist nun eine Einzelarbeit erschienen, die von speziellen Wohnungsverhältnissen ausgehend weit über das rein lokale Interesse hinausreicht. Unter dem Titel: „Rheinische Wohnverhältnisse und ihre Bedeutung für das Wohnungswesen in Deutschland" (Jena bei Gustav Fischer; Preis M 3) hat der Berliner Privatdozent Dr. Rudolf Eberstadt eine Studie veröffentlicht, die als eine Frucht mehrjähriger Arbeit zu betrachten ist und den Verfasser als einen unserer gründlichsten Kenner der Wohnungsfrage kennzeichnet.

Die kleine, aber inhaltreiche Schrift wirft zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der städtischen Bauweise in Deutschland und erbringt den Nachweis, daß die Bauverhältnisse der rheinischen Städte in ihrer Wurzel auf eine alte, ununterbrochene Ueberlieferung zurückgehen und den Kleinwohnungsbau viel schärfer ausprägen, als es in dem übrigen Deutschland der Fall ist. Auf die Periode des bürgerlichen Städtebauwesens im Mittelalter folgte die landesfürstliche Bautätigkeit am Ausgange des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit. Die dritte selbständige Periode ist die des jüngsten Wachstums unserer Städte, das um das Jahr 1860 einsetzte und insbesondere seit 1870 einen mächtigen Umfang angenommen hat. Es fiel den Stadtverwaltungen die Aufgabe zu, für die starke Volksvermehrung und für die zuströmenden Bevölkerungsmassen Unterkunft zu schaffen. „Günstiger als je zuvor", behauptet Eberstadt, „war diesmal die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der zur Ausführung berufenen Verwaltungen. Doch das Ergebnis war im allgemeinen ein bedauerliches. Die Ueberzeugung ist heute allgemein, daß die Lösung der verantwortungsvollen Aufgaben des Wohnungswesens in den meisten deutschen Großstädten eine unbefriedigende, vielfach sogar eine durchaus schlechte gewesen ist. In politischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung sind Zustände geschaffen worden, die der Gemeinde ebenso wie dem Staate zum Schaden gereichen. Der Glaube ist weit verbreitet, daß es sich bei den unbefriedigenden Wohnungsverhältnissen unserer Großstädte um eine natürliche Entwicklung der Dinge handelt, die wir wohl im einzelnen mildern können, aber in der Grundlage kaum zu ändern vermögen. Diese Anschauung erscheint unbegründet, denn wir werden zeigen, daß es heute, wie zu allen Zeiten, der öffentlichen Gewalt möglich ist, befriedigende Grundlagen für das Wohnungswesen zu schaffen."

Zur Illustration dieser seiner Meinung schildert der Verfasser die Wohnverhältnisse in den drei rheinischen Großstädten Düsseldorf, Elberfeld und Barmen. Charakteristisch für diese drei Städte ist der Umstand, daß sie fast gar keine Mietskasernen enthalten, sondern daß die Grundform des in ihnen herrschenden Wohnungsbaues das Drei- und Vierfensterhaus ist. Die Kleinwohnung ist für die rheinischen Industriestädte typisch im Gegensatz zu den Massenmietshäusern der anderen deutschen Industriestädte. Ein wesentlicher Grundzug der Hausanlage ist die vollständige Verwerfung der Hofwohnung als System der Unterbringung der Arbeiterfamilien. Die Vorderwohnung wird für den Arbeiter grundsätzlich und polizeilich gefordert. Die Vorzüge einer solchen Wohnweise in sozialer, ethischer und gesundheitlicher Hinsicht kann man gar nicht hoch genug bewerten. Es genügt schon ein Rundgang durch die Arbeiterviertel nach Feierabend, um dem Beschauer zu zeigen, wie sich das Familienleben des Arbeiters hier ganz anders abspielt, als in den Hofwohnungen des Massenmietshauses. In gesundheitlicher Beziehung ist besonders bemerkenswert die Möglichkeit, jede einzelne Wohnung durch Gegenzug gründlich zu durchlüften, was bei den Hofwohnungen einer Mietskaserne völlig ausgeschlossen ist. Infolge der Kleinheit der Wohnungen ist das System des „Zwischenwirts", der einen Teil seiner Wohnung wieder in Aftermiete vergibt, im Rheinland fast ganz unbekannt. Auch die „Behausungsziffer" ist hier eine verhältnismäßig niedrigere. Während z. B. in Charlottenburg auf jedes Wohnhaus durchschnittlich 60 Bewohner und in Berlin gar 77 Bewohner kommen, wohnen in Düsseldorf nur 20 Personen und in Elberfeld-Barmen gar nur 18 Personen durchschnittlich in einem Hause. Und dabei sind die Mieten im Verhältnis weitaus geringer als in den großstädtischen Mietskasernen. Interessant ist auch die große Zahl derjenigen Personen, die noch ein Haus ihr eigen nennen. Von einer Aufsaugung des Kleinbesitzes kann hier noch keine Rede sein. In Düsseldorf gibt es 5716 Privathäuser; 4464 Personen besitzen je ein Haus, 740 Personen besitzen je zwei Häuser, 231 je drei, 94 je vier, 56 je fünf usw. in rasch absteigenden Zahlen; in Elberfeld gibt es 4510 Privathäuser; 3256 Personen besitzen je ein Haus, 787 Personen besitzen je zwei Häuser, 218 je drei, 120 je vier, 56 je fünf usw.

Bei dem Kleinwohnungsbau ist das Bauen auf eigene Rechnung die Regel, während die Spekulation noch nicht so um sich gegriffen hat wie in den Städten mit Massenmietshäusern. Allerdings steckt die Bodenspekulation auch hier bereits ihre Fühlhörner aus, was ein Steigen der Bodenpreise und dementsprechend ein Steigen der Mieten im Gefolge hat. Der Bodenspekulant hält die baureifen Plätze zurück und läßt sie jahrelang unbenutzt liegen; für diesen Frevel am Volksvermögen verlangt er obendrein noch einen Extragewinn. Es ist kaum zu verstehen, daß ein derartiger volkswirtschaftlicher Blödsinn noch immer geduldet wird, und daß die Bevölkerung es sich gefallen lassen muß, eine absichtliche Wertvergeudung mit höheren Mietpreisen zu bezahlen.

Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten ergibt sich ein großer Abstand zu Gunsten der rheinischen. In diesen rasch anwachsenden Industriestädten mit ihrem gewaltigen Wohnungsbedarf ist eine ausreichende Massenproduktion an Kleinwohnungen erzielt worden, ohne daß auch nur der Gedanke an eine Kasernierung der Bevölkerung aufgekommen ist. Die weit überwiegende Mehrzahl der Häuser steht im Eigenbesitz; der aus alter Ueberlieferung entwickelte Typus der Kleinwohnung muß in der Hauptsache als ein vortrefflicher gelten, und er genügt den Ansprüchen der städtischen Wohnweise. Die Mietpreise endlich stehen in den jüngsten und besten Bauformen weit niedriger als in den Hofwohnungen der Mietskasernen von Berlin, Hamburg, Leipzig und anderen Großstädten. Und alles dieses ist geschaffen worden durch das private Unternehmertum; es hat keines behördlichen Eingriffs in diese Entwicklung bedurft, um befriedigende Zustände im Wohnungswesen zu schaffen. Aber anderseits hat die öffentliche Verwaltung auch nicht in den Dienst gemeinschaftlicher Interessen gestellt. Das Spekulantentum hat sich keine der rheinischen Stadtverwaltungen zu unterjochen vermocht; die Maßnahmen der städtischen Verwaltungen beweisen im Gegenteil die Unabhängigkeit der Gemeindevertretungen und die Gegnerschaft gegen die spekulative Ausnutzung des Bodens. Hier sieht man deutlich, was auch noch heute die private Bautätigkeit unter einer tüchtigen, unabhängigen Verwaltung zu leisten vermag. Die privatwirtschaftliche Tätigkeit kann niemals gedeihen, wenn die öffentliche Verwaltung dem Spekulantentum Tür und Tor öffnet; ebensowenig kann die Verwaltung pflichtgemäß arbeiten, wenn sie Interessen großzieht, die dem Allgemeinwohl entgegengesetzt sind.

Der Verfasser zieht aus seinen Spezialuntersuchungen einige allgemeine Folgerungen. Zunächst stellt er die Behauptung auf, daß dort, wo die weitesten Bauflächen zur Verfügung stehen und die Stadterweiterung sich in nahezu ungehinderter Weise vollziehen kann, die Bodenpreise am-

höchsten und die Mieten am teuersten sind. Das bemerkenswerteste Beispiel hierfür ist Berlin, für dessen Ausdehnungsmöglichkeit überhaupt keine natürlichen Grenzen bestehen und das trotzdem die höchsten Bodenpreise hat. Aehnlich liegen die Verhäältnisse in Leipzig, München und anderen Großstädten mit flachem Vorland. Bei allen neueren Stadterweiterungen und Eingemeindungen hat es sich ergeben, daß die reichliche Zufuhr des Baulandes zu einer allgemeinen Steigerung der Bodenpreise geführt. Die Vermehrung des Angebots resp. der Zufuhr von Bauland bewirkte eine allgemeine Erhöhung der Bodenpreise. Der Grund hierfür liegt in der Bauspekulation, die hier, wie überall, wo eine Spekulation auftritt, die natürlichen Wertgesetze in ihr Gegenteil verkehrt; ihr Interesse besteht darin, eine künstliche Preisbildung herbeizuführen. Gerade bei reichlichem Bodenbestand und entsprechender Ankaufsmöglichkeit finden wir deshalb die spekulative Preistreiberei am stärksten entwickelt. Der paradox klingende Satz: „Je mehr Bauland zur Verfügung steht, desto stärker die spekulative Preissteigerung!" wirft ein ganz eigenartiges Licht auf die kommunale Wohnungspolitik.

Ferner führt der Verfasser aus, daß die Form des Kleinwohnungsbaues, im Gegensatz zu dem Massenmietshaus, die Arbeiterwohnung an Rang und Wert jeder anderen Wohnung gleichstellt. Die Mietskaserne kennt die Kleinwohnung nur als Hofwohnung, als Anhängsel des Vorderhauses. Es ist ein unhaltbarer Widerspruch, daß in einer Zeit, in der der Arbeiterstand politisch und kulturell emporstieg, ihm Wohnungsverhältnisse geschaffen werden, wie man sie in Deutschland zu keiner Zeit gekannt hat. Drei Viertel der städtischen Bevölkerung sind nach dem Hofe abgeschoben worden und hausen in Wohnungen, die quantitativ und qualitativ ungenügend sind. Und obendrein ist dieses schlechteste aller Wohnungssysteme zugleich das teuerste und unvorteilhafteste, denn es fordert die höchsten Mieten und macht eine ausreichende Produktion von Kleinwohnungen unmöglich.

Endlich drittens hat sich die Tatsache ergeben, daß je höher der Bau ist, desto höher die Mieten sind. So oft innerhalb eines Stadtbezirks die hohen Stagenhäuser den niederen Flachbau verdrängen, zeigt es sich, daß bei privatwirtschaftlicher Bautätigkeit der höhere Bau, trotz der stärkeren Ausnutzung der Grundfläche, höhere Mieten fordert. Obwohl die gedrängte Bauweise eine geringere Bodenfläche beansprucht als der Flachbau, und obwohl die Baukosten bei mehrstöckigen Bauten sich für das einzelne Stockwerk ermäßigen, sind die Folgen der gedrängten Bauweise für die Wohnungsmieten durchaus ungünstig. Die hauptsächlichste Ursache dieser Verteuerung der vielstöckigen Bauten liegt in der Anschwellung des Bodenpreises. Mit der senkrechten Anhäufung der Stockwerke bekommt der Boden einen mehrfach gesteigerten Wert; der Preis des Bodens erhöht sich um den Wert der stärkeren Ausnutzung. Die künstliche Steigerung des Bodenwertes bildet die Grundlage der Bodenspekulation, die gedrängte Bauweise liegt also ausschließlich im Interesse des Bodenspekulanten. Die einfache Klarstellung der Verhältnisse genügt wohl, um darzutun, daß die öffentlichen Verwaltungen in ihren Maßnahmen die Ansprüche des Spekulanten in keiner Weise berücksichtigen oder gar unterstützen dürfen. Die Mietskaserne züchtet die Bodenspekulation und den Wohnungswucher, sie fügt dem Proletariat unberechenbaren Schaden zu in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung — sie muß also zu Gunsten des Kleinwohnungsbaues beseitigt werden. Damit dies geschieht, muß das Proletariat auch in die kommunalen Verwaltungen eindringen und eine vernünftige Wohnungspolitik in die Wege leiten.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

In Charlottenburg ist vom Reichsamt des Innern eine ständige Ausstellung für „Arbeiterwohlfahrt" veranstaltet worden, deren Besuch jedermann freisteht. Das Ausstellungsgebäude steht in der Frauenhoferstraße, es ist mit Ausnahme des Montags an Wochentagen Vormittags von 8—11 Uhr und Sonntags von 1—6 Uhr Nachmittags, außerdem Dienstags und Donnerstags von 6—9 Uhr Abends geöffnet. Insbesondere soll der gegenwärtige Stand der Einrichtungen für Arbeiterschutz zur Darstellung kommen, auch sollen die auf diesem Gebiete gemachten Fortschritte vorgeführt werden.

Ueber die Ausstellungsgegenstände entnehmen wir dem „Vorwärts" die nachstehenden Mitteilungen.

In den Parterreräumen steht eine große Zahl von Maschinen der verschiedensten Art, die teils in der Industrie, teils in der Landwirtschaft Verwendung finden oder finden können, mit Schutzeinrichtungen und Sicherheitsvorrichtungen versehen, um Unfälle der bedienenden Personen zu verhüten. So sind Fleischmisch- und Fleischhackmaschinen vorhanden, in denen die Messer mit Schutzdeckeln versehen sind, die während der Bewegung der Messer nicht aufgehoben werden können; ebenso Zentrifugen, Schleudermaschinen zur Trennung fester und flüssiger Bestandteile, z. B. zur Gewinnung des Saftes aus zerriebenen Runkelrüben und dergl., bei denen ebenfalls der Deckel nicht von der Trommel gehoben werden kann, so lange diese sich in Bewegung befindet. Die Schutzvorrichtungen werden von Beamten auf Wunsch bereitwilligst erklärt, die Maschinen erforderlichenfalls auch in Gang gesetzt.

In den eine Treppe hoch gelegenen Räumen finden wir Ausstellungen verschiedener Berufsgenossenschaften. So hat die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft neben anderen Gegenständen, wie verbesserten Schutzmasken für die Augen, Verbandkästen mit gebrauchsfertigem Verbandmaterial und Anweisung zur ersten Hülfeleistung bei Unfällen, einem Dämmer (Ladestöcke) mit kupfernem Schuh zum Besetzen von Sprengschußladungen, das Modell eines Kalksteinbruches an der Saale ausgestellt, an welchem der terrassenförmige Abbau, entsprechend den allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften dieser Berufsgenossenschaft, anschaulich dargestellt ist. Die Vorschriften selbst sind auf Blechschildern ausgehängt.

Dem erwähnten Modell gegenüber befindet sich einer der Bieraufzüge von der Schultheiß-Brauerei, wobei der Fahrstuhlschacht zugleich als Durchgang benutzt wird; infolgedessen ist er mit Fang- und Signalvorrichtung versehen sowie mit einem selbsttätigen Mechanismus, der das Passieren des Schachtes während des Betriebes verhindert.

Die Nordöstliche Bau-Berufsgenossenschaft und der Verband der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften haben neben Bauordnungen, Gerüsthalter verschiedener Art, auch ein Baugerüst mit Diagonalverspannung zur Ausstellung gebracht. Besonders zu erwähnen ist ein Trockenofen, der das Entweichen von Feuergasen in den Arbeitsraum, das die offenen Koksfeuer so gefährlich macht, verhindern soll.

Baubuden und sonstige Einrichtungen für die Arbeiter auf einem Bau haben wir nicht gesehen; in der Tat läßt sich auch durchaus kein Staat mit dem machen, was auf diesem Gebiete geleistet wird. Die mit dem letzten Kongreß für Bauarbeiterschutz verbundene Ausstellung zeigte zwar eine Reihe mustergültiger Einrichtungen auf diesem Gebiete, aber nicht solche, die wirklich vorhanden sind, sondern solche, die als möglich und erstrebenswert von den Arbeitern verlangt werden. Ihre Einrichtung scheitert, wie so vieles Gute in unserer kapitalistischen Welt, wie auch die Einführung gar mancher der ausgestellten Schutzvorrichtungen, an der Kostenfrage; so lange der in Mark und Pfennigen ausgedrückte Wert eines Arbeiterlebens noch so gering ist wie gegenwärtig, wird der Arbeiterschutz leider ein schwacher Notbehelf bleiben.

Mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter prunkt die Akkumulatorenfabrik Hagen, die neben verschiedenen Einrichtungen, wie Eßsaal und Waschgebäude für Arbeiter, auch eine Tabelle zur Ausstellung gebracht hat: „Kosten der Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter im Jahre 1902." Diese belaufen sich auf ℳ 60 483,40, wozu noch 274 500 Kaffeeportionen, 137 250 Milchportionen und zirka 12 000 Bäder kommen. Wenn andere Fabriken durch die ausgestellte Tabelle zur Nacheiferung angeregt werden sollen, so ließe sich am Ende nichts dagegen sagen. Will aber die Ausstellerin etwa zum Ausdruck bringen, daß sie ihr Unternehmen mit über ℳ 60 000 jährlich belastet, lediglich zu Gunsten der Arbeiter, die nun auch ein dankbares Gemüt bezeigen sollen, so müßten die Verhältnisse ein wenig genauer betrachtet werden. Indessen, die Absicht der Aussteller ist nicht genannt, und im Zweifelsfalle nehmen wir stets von jedem Menschen, auch von einem Unternehmer, das Beste an; wir wollen deshalb auch keinen Einspruch erheben, daß der Anteil der Versicherungsprämie für Haftpflicht bei Unfällen der Arbeiter, der von dem Unternehmer zu zahlen ist, bei diesem Werk unter den Kosten für — Arbeiterwohlfahrt aufgeführt ist; wir sind schon zufrieden, daß nicht auch die Löhne als Ausgaben für Arbeiterwohlfahrt bezeichnet werden. Mitgeteilt wird ferner, daß der Konsumverein der Fabrik einen Absatz von ℳ 137 531 hatte, wobei ein Reingewinn von ℳ 18 868,23 erzielt wurde, von dem ℳ 16 499,63 zur Rückzahlung kamen, also eine Einkaufsdividende von 12 pZt. verteilt wurde. Vermißt haben wir eine Angabe über die Zahl der Arbeiter, die das Werk beschäftigt. Dadurch würde das Bild der Arbeiterverhältnisse in jener Fabrik ein klareres werden.

Gleich hinter der Ausstellung der genannten Fabrik steht das Modell einer Wohnhausgruppe des Berliner Spar- und Bauvereins, und die Arbeiteransiedelung Ostheim bei Stuttgart. Diese letztere macht einen überaus freundlichen Eindruck, lauter kleine Häuschen mit Gärtchen, eine wahre Gartenstadt, in der zu wohnen recht angenehm sein muß — falls man nicht durch die Arbeit tagsüber nach ganz anderen Aufenthalten in großer Entfernung versprengt wird. Einen etwas düsteren Gegensatz zu dem lieblichen Ostheim bildet die Wohnhausgruppe des Berliner Spar- und Bauvereins, ein Quadrat im echtesten Mietskasernen-Stil. Freilich ist das kein Vorwurf gegen diese Genossenschaft; will sie im Weichbilde Berlins selbst den Arbeitern Wohnungen zugänglich machen, so ist es eben nicht anders möglich, als große Häuser mit vielen Wohnungen zu errichten, weil sonst bei den ins Ungemessene getriebenen Bodenpreisen das Bauen überhaupt unterbleiben müßte. In weiter Entfernung von der Hauptstadt, wo der Boden noch billig ist, baut auch diese Genossenschaft kleine Häuschen mit Gärten.

Unter den bemerkenswerten Gegenständen der Ausstellung erwähnen wir die von Prof. Sommerfeld dargestellten krankhaften Veränderungen der Atmungsorgane, speziell der Lungen, durch beständiges Einatmen von Staub verschiedener Art, wie es bei vielen Beschäftigungsarten, zum Beispiel der Buchdrucker, der Steinmetzen und anderer unerläßlich ist. In der Maschinenabteilung finden wir zwar eine Reihe von Vorrichtungen zur Entfernung von Staub und ständiger Zuführung von frischer Luft, doch ist es ja bekannt, daß sie bisher ihrer Aufgabe zum teil nicht gerecht geworden sind, zum teil wegen der Kosten überhaupt nicht Anwendung finden. Die Kenntnis der schädlichen Folgen ungesunder Beschäftigungsarten sollte für jeden Unternehmer, der Verantwortlichkeitsgefühl über seinen Geldbeutel hinaus besitzt, ein Ansporn für gesunde Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein.

Der Sommerfeldschen Ausstellung gegenüber befindet sich eine interessante, vom Reichs-Gesundheitsamt herausgegebene Tabelle über den Nährwert der wichtigsten Nahrungsmittel. Gewöhnlich weisen die Nährwerttabellen nur den prozentischen Gehalt an Nährstoffen (Eiweiß, Fett, Kohlehydrate) auf, so daß gleiche Mengen der verschiedenen Nahrungsmittel verglichen werden. Dabei stehen die eiweißreichsten Vegetabilien, wie Erbsen und Linsen, erheblich hinter gutem Fleisch zurück. Die ausgestellte Tabelle zieht aber den Preis der Nahrungsmittel in Betracht; sie gibt zum Beispiel an, man erhält für 50 ₰ 962 Gramm Linsen oder 1536 Gramm Erbsen und darin 175 Gramm Eiweiß, 4,6 Gramm Fett, 439 Gramm Kohlehydrate resp. 256,3 Gramm Eiweiß, 7,8 Gramm Fett, 439 Gramm Kohlehydrate; dagegen erhält man für 50 ₰ 280 Gramm Schweinefleisch oder mittelfettes Rindfleisch und hierin 39,4 Gramm Eiweiß, 98 Gramm Fett resp. 54,3 Gramm Eiweiß, 19,9 Gramm Fett.

Man sieht sofort, daß beim Vergleich der Mengen, die für gleichen Preis zu haben sind, der Nährwert der Vegetabilien gegenüber der Fleischnahrung ganz beträchtlich ist; freilich ist zur Beurteilung des Wertes der einzelnen Nahrungsmittel für die Ernährung auch die Verdaulichkeit in Betracht zu ziehen, sowie die einzunehmenden Mengen, in welchen Beziehungen das Fleisch obenan steht. Der erwachsene Mann von mittlerer Körperschwere braucht bei mittlerer Arbeit nach dem Reichs-Gesundheitsamt täglich 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate; man sieht sofort, daß die Vegetabilien den notwendigen Kostsatz an Eiweiß nur gewähren, wenn man sie in unverhältnismäßig großen Mengen zu sich nimmt. Uebrigens ist zu beachten, daß der menschliche Organismus keine einfache Maschine ist, der man täglich dasselbe Quantum an Heizmaterial resp. Nährstoffen zuführen kann, sondern daß für eine gewisse Abwechslung gesorgt werden muß, wenn der Körper gesund bleiben soll.

Mit der Ausstellung verbunden ist ein Tuberkulose-Museum, das rechts vom Eingang in einem eine Treppe hoch gelegenen Zimmer sich befindet und das wir noch mit einem Blick streifen wollen. Die Tuberkulose, deren verbreitetste Form die Lungenschwindsucht ist, verlangt jährlich wahre Menschenhekatomben, obwohl sie eine Krankheit ist, die nicht nur heilbar ist, sondern vor der man sich durch geeignete Maßnahmen überhaupt sehr wohl schützen kann. Schon ihre zutreffende Bezeichnung als Proletarierkrankheit beweist, daß ungesunde soziale Verhältnisse, ungünstige Arbeitsverhältnisse, mangelhafte Ernährung, zu enge Wohnungen den menschlichen Körper für den Krankheitskeim empfänglich machen. Durch Sauberkeit, kräftige Nahrung, eine dem Zutritt von Luft und Licht zugängliche Wohnung kann man sich vor der Ansteckung schützen; dieselben Mittel sind es auch, die dem Kranken Besserung und vollständige Heilung bringen. In den Lungenheilstätten werden keine Zaubertränklein und Lebenseleziere gebraut, sondern Luft, Licht, Reinlichkeit und Ordnung sind die Mittel, mit denen dort gearbeitet wird. Unter dem Aerzte- und Wärterpersonal solcher Heilstätten, das täglich mit Tuberkulösen in nahe Berührung kommt, ist ein Ausbruch der Krankheit noch nicht beobachtet worden, ein deutlicher Beweis, wie sicher man sich vor dem Tuberkelbazillus schützen kann. Zweifellos hat die Heilstättenbehandlung — eine große Karte zeigt die Verbreitung der Heilstätten in Deutschland — bedeutende Erfolge erzielt, die Sterbefälle an Tuberkulose sind erheblich herabgegangen; aber die beste Heilstättenbehandlung ist machtlos, wenn die als erheblich gebessert Entlassenen zu ihrer ungesunden Beschäftigung, in ihre ungesunden Wohnungen zurückkehren. Die Tuberkulose wird nur schrittweise mit der allgemeinen Besserung der sozialen Verhältnisse eingedämmt werden.

Wo der Kranke in seiner Wohnung verbleibt, muß diese in gewissem Umfang in eine Heilstätte umgewandelt werden; vor allem muß die Wohnung Einrichtungen zur Isolierung des Kranken haben, um die Ansteckungsgefahr für die Umgebung herabzumindern. In dem Museum ist das Modell eines Berliner Mietshauses ausgestellt, das bei 22 Familienwohnungen 4 Isolierzimmer für Tuberkulose enthält. Unseres Wissens sind in Wirklichkeit solche Wohnungen in den Arbeitergegenden nicht vorhanden, sie würden sich eben zu teuer stellen.

In gewissem Umfange kann die Eindämmung der Tuberkulose einen Gradmesser für den Fortschritt der Kultur bilden. Wir sehen in dem Museum unter anderem eine Tabelle, auf der die Todesfälle an Tuberkulose in Berlin von dem Jahre 1876 an bis 1900 verzeichnet sind. 1876 betrug die Zahl der in den Wohnungen Gestorbenen 2070 Personen, sie stieg dann beständig, bis sie im Jahre 1900 die Zahl von 2487 Personen erreichte. Absolut genommen haben wir eine Vermehrung der Sterbefälle; tatsächlich bedeutet diese Vermehrung um den fünften Teil eine starke Herabminderung, da die Bevölkerung sich in derselben Zeit verdoppelt hat, von 1 auf 2 Millionen gestiegen ist. Es wäre gut gewesen, das Wachstum der Bevölkerung auf der Tabelle ebenfalls ersichtlich zu machen.

Daß das Museum zahlreiche Tabellen über die Fortschritte in der Bekämpfung der Krankheit, sowie Modelle vorzüglich eingerichteter Lungenheilstätten enthält, ist selbstverständlich. Zur Mitnahme für die Besucher liegt auch das im kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitete „Tuberkulose-Merkblatt" (im Buchhandel für 5 ₰ erhältlich) aus, in welchem in gedrängter Kürze Ratschläge zum Schutze vor Ansteckung und für bereits erkrankte Personen zusammengestellt sind.

§ 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Zweiunddreißig Arbeitnehmerbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts haben jüngst den Antrag gestellt, daß das Gewerbegericht bei den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches wegen Abänderung der Koalitionsbestimmungen vorstellig werden soll; gewünscht wird die Aufhebung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und Gewährung der Korporationsrechte an die Berufsvereine unter Verpflichtung der letzteren, das Einigungsamt vor Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter anzurufen. — Dieser Antrag ist insofern berechtigt, als er die Frage des Koalitionsrechts, die wichtigste Frage für die Arbeiterklasse nächst dem Wahlrecht, aufs neue in den Vordergrund rückt; er enthält indes Forderungen, die so, wie sie bisher formuliert sind, nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Eine gesetzliche Verpflichtung darf den Gewerkschaften nicht auferlegt werden, vor Einstellung der Arbeit das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Wenn auch im allgemeinen diese Anrufung als ein gangbarer Weg bezeichnet werden kann, so muß es doch der organisierten Arbeiterschaft überlassen bleiben, gegebenenfalls von einem solchen Schritt Abstand zu nehmen, wenn er sich von vornherein als aussichtslos darstellt.

Inwieweit die Vorschläge der Arbeitnehmerbeisitzer angemessen seien, untersucht jetzt der Vorsitzende des Gewerbegerichts Berlin, Dr. Schalhorn, in der „Sozialen Praxis". In bezug auf die Gewährung der Korporationsrechte an die Berufsvereine betont Dr. Schalhorn, daß die Befugnis, die Eintragung in das Vereinsregister zu beantragen, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch den Berufsvereinigungen ohne weiteres zukomme. Die Ablehnung solcher Anträge fließe nur aus dem Rechte der Polizeibehörde, die Eintragung eines jeden politischen oder sozialpolitischen Vereins zu untersagen. Betreffs dieses Verhältnisses wünscht Dr. Schalhorn die Bestimmung, daß Vereinigungen von der Art des § 152 G.-O., so lange sie sich einer Einwirkung auf staatliche Organe und deren Befugnisse in öffentlichen Angelegenheiten enthalten, dem Einspruchsrecht nicht unterliegen.

Es erscheint ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften sich „jede Einwirkung auf staatliche Organe und deren Befugnisse in öffentlichen Angelegenheiten" enthalten. Man mag die „Neutralität" auffassen, wie man will — selbst ein Anhänger der äußersten „Neutralität" wird nun und nimmer dafür eintreten können, jede Diskussion über die sozialpolitische Gesetzgebung in den Vereinsversammlungen zu unterlassen. Wir müssen daher ohne jede Einschränkung die Anerkennung der Berufsvereine verlangen.

Die Beseitigung des ersten Absatzes von § 152 der G.-O. (Aufhebung der vor Inkrafttreten der Gewerbeordnung bestehenden Strafbestimmungen wegen Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen) empfiehlt Dr. Schalhorn mit Recht nicht; denn die Beseitigung jener Bestimmung könne zu Versuchen Anlaß geben, landesgesetzlich neue Organisationsbeschränkungen einzuführen und damit einer friedlicheren Erledigung von Lohnbewegungen entgegenzuwirken. Tatsächlich könnte durch Aufhebung des § 152 das Koalitionsrecht mit einem Schlage beseitigt sein.

Die Beseitigung des § 153 der G.-O. (Strafbestimmungen über den Zwang zur Teilnahme an Verabredungen, durch Ehrverletzung, Verrufserklärung usw.) erklärt Dr. Schalhorn für unzweckmäßig. Allerdings finde der § 152 in erster Linie gegen die Arbeitnehmer Anwendung. Das ergebe sich aber aus der erheblich größeren Zahl der Arbeitnehmer (mehr als 30 auf einen Arbeitgeber), sowie daraus, daß die Arbeitnehmer meist die Angreifenden gewesen seien, mithin natürlich auch gewisse Ausschreitungen in erster Linie unter ihnen vorkommen mußten. Was ferner die Klage über harte Strafen angehe, so sehe § 153 nur eine Höchststrafe von drei Monaten vor, und die schwersten Bestrafungen seien auf Grund der allgemeinen Strafgesetze verhängt. Die Aufhebung von § 153 würde also hierin nichts ändern, während anderseits die Arbeitnehmer ohne jede Schädigung ihrer Interessen durch vorsichtiges Verhalten alle Uebertretungen des § 153 vermeiden könnten. Endlich müsse die Beseitigung von § 153 die Gegner des Ausbaues der Koalitionsfreiheit aufstacheln, die überdies darin recht hätten, daß bei manchen Ausständen und Sperren noch immer viele Belästigungen mehrfacher Art vorkämen.

Es ist bezeichnend, daß ein Mitarbeiter des Blattes der Berlepsch-Gruppe sich hier nicht viel anders äußert als der erste beste Scharfmacher. Nicht hauptsächlich, sondern nur gegen Arbeiter richtet sich der § 153, es ist nicht bekannt geworden, daß einmal ein Arbeitgeber diesem ungerechten Klassengesetz anheimgefallen wäre. Gerade in der Bemerkung, daß gerade die schlimmsten Strafen nicht auf den § 153, sondern auf das Strafgesetzbuch zurückzuführen sind, liegt das Zugeständnis, daß das allgemeine Recht mehr als ausreichend ist, angebliche Ausschreitungen zu sühnen. „Nur" drei Monate Gefängnis, meint Herr Dr. Schalhorn besänftigend, — zu einer Zeit, in der ein Hüssener zu Festungshaft verurteilt wird.

Die Beseitigung des § 153 ist unbedingt notwendig, wenn das Wort des Professor Brentano seine Berechtigung verlieren soll. Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber, wenn sie davon Gebrauch machen, so werden sie bestraft. Anläßlich der letzten Novelle zur Gewerbeordnung beantragten unsere Genossen die Aufhebung des § 153; natürlich wurde der Antrag von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. § 153 lautet bekanntlich:

> Wer andere durch körperlichen Zwang, durch Drohungen, Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch solche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem Strafgesetzbuch nicht eine härtere Strafe eintritt.

Wollte man die verhängnisvollen Folgen alle schildern, die dieser Paragraph infolge seiner Auslegung durch die Gerichte gezeitigt hat, könnte man Bände füllen. Es seien daher nur kurz die wichtigsten Nachteile hervorgehoben, die der Paragraph für das arbeitende Volk mit sich bringt. Wenn jemand sich einer Körperverletzung schuldig macht, ohne sich gerade einer Waffe, eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges zu bedienen, oder mit anderen gemeinschaftlich vorzugehen, oder das Leben des Angegriffenen zu gefährden, so kann er nie ohne Strafantrag bestraft werden, es sei denn, daß er sich der Körperverletzung im Falle eines Streikes oder anläßlich einer Agitation für den Anschluß an die Gewerkschaften schuldig gemacht hat. Und selbst wenn ein Strafantrag vorliegt, kann der Richter in milden Fällen auf Geldstrafe von ℳ 3—1000 erkennen, nur wenn die Straftat im gewerkschaftlichen Kampf geschieht, muß der Richter selbst im mildesten Fall auf Gefängnisstrafe erkennen.

Würde der § 153 nicht bestehen, so wäre eine „Drohung" gegenüber einem Arbeitswilligen oder Nichtorganisierten nur strafbar, wenn ihm mit der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens gedroht würde und auch dann könnte er in leichten Fällen mit einer Geldstrafe von ℳ 3—600 davonkommen. So aber wird schon die Drohung mit irgend einem Nachteil, etwa damit, daß man mit dem Streikbrecher nicht mehr verkehren würde, falls er sich dem Streik nicht anschließt, mit Gefängnis bestraft.

Die Beleidigung kann nur auf Antrag bestraft werden, wenn sie nicht gerade gegen König, einen Prinzen oder gegen — einen Streikbrecher erfolgt. Sie kann, falls ein Antrag vorliegt, mit Geldstrafe gesühnt werden; gegenüber einem Streikbrecher nur mit Gefängnis.

Die Verrufserklärung ist im gewöhnlichen Leben erlaubt. Es steht den Reserveoffizieren z. B. frei, den gesellschaftlichen Boykott gegen jeden Ehrenmann zu erklären, der einen Duellmord verweigert. Der Arbeiter, der aber die Streikbrecher von Person auf eine Liste setzt und mit denen ehrenwerte Proletarier nicht mehr verkehren wollen, riskiert drei Monate Gefängnis.

So werden durch den § 153 der Gewerbeordnung Meinungsäußerungen bestraft, die im Verzweiflungskampfe der organisierten Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter und deren „arbeitswillige" Helfershelfer nicht durchweg zu verdammen sind. Strafbare Handlungen aber, die zu verdammen sind, wie Bedrohung mit Körperverletzungen und Schlägereien werden mit übermäßiger Härte belegt, nur weil es sich um Vorgänge bei Streiks handelt, die zur Abwehr kapitalistischer Uebergriffe bestimmt sind.

Rundschau.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler hielt in dieser Woche in Würzburg ihre Generalversammlung ab. Die erste Sitzung wurde fast ganz durch die Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen, sowie durch die Berichte des Vorstandes, des Kassierers und des Schiedsgerichts und durch die Diskussion hierüber in Anspruch genommen. Ein großer Teil der Erörterungen bezog sich auf die Verhältnisse in den Berliner Zahlstellen. In seinem Referat über die Anträge auf Abänderung des Statuts sprach sich der Vorsitzende, Blume-Hamburg, entschieden für die Beibehaltung der Kasse in ihrer jetzigen Form und gegen die Umwandlung in eine Zuschußkasse aus. Der Delegierte Derbe-Hannover erklärte sich ebenfalls in längeren Ausführungen für Beibehaltung der gegenwärtigen Betriebsform, während Exner-Berlin energisch für die Umwandlung in eine Zuschußkasse eintritt. Zwei Redner erklären sich für Urabstimmung über diese Frage, zwei andere Delegierte bemerken, sie seien für Fortbestehung der Kasse in der bisherigen Gestalt, aber die Majorität ihrer Wähler habe sich für die Umwandlung in eine Zuschußkasse erklärt. Die Debatte über diese Frage wurde auch am Mittwoch noch fortgesetzt. In der Abstimmung wurde die Umwandlung in eine Zuschußkasse mit 47 gegen 22 Stimmen angenommen. Darauf trat man in die Beratung der Statuten ein. Sämtliche Finanz-Paragraphen wurden zur Diskussion gestellt. Nachdem durch dieselbe die Situation genügend geklärt war, wurden gegen Mittag die betreffenden Paragraphen einer inzwischen gewählten Finanzkommission von sieben Personen zur Beratung überwiesen. Während dieser Beratungen wurden alle vorliegenden allgemeinen Anträge erledigt. Die Finanzkommission empfahl zur Annahme folgende Vorschläge: 1. Beitrittsaltersgrenze 40 Jahre; 2. Beitrittsgeld für die erste Klasse 50 ₰, für die zweite Klasse ℳ 1, für die dritte Klasse ℳ 1,50 und für die vierte Klasse ℳ 2. — Der Wochenbeitrag soll betragen für die erste Klasse 30 ₰, für die zweite Klasse 40 ₰, für die dritte Klasse 50 ₰ und für die vierte Klasse 60 ₰. An Krankengeld soll gezahlt werden das 25fache des Beitrages, d. h. in der ersten Klasse pro Woche ℳ 7,50, in der zweiten Klasse ℳ 10, in der dritten Klasse ℳ 12,50 und in der vierten Klasse ℳ 15. Als Wartezeit für Berechtigung zum Bezug des Krankengeldes wurde für neue Mitglieder 6 Wochen festgestellt. Als Sterbegeld wurde das 180fache des Beitrages bestimmt. Dasselbe beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft für die dritte Klasse ℳ 90, und für die vierte Klasse ℳ 108. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft soll die Hälfte obiger Sätze gezahlt werden. Sämtliche Anträge wurden angenommen.

Die sogenannten Nationalsozialen, die es sich einst zur Aufgabe machten, die Arbeitermassen von der sozialdemokratischen Partei abzuwenden und die Sozialdemokratie „abzulösen", haben bekanntlich bei der Wahl einen einzigen Abgeordneten durchgebracht, den Herrn von Gerlach in Marburg, und auch den nur mit Hülfe der Sozialdemokraten in der Stichwahl. Sie haben es deshalb jetzt aufgegeben, eine eigene Partei zu bilden, und haben Verhandlungen begonnen mit der Freisinnigen Vereinigung, der sie beitreten wollen. Diese Partei ist auch geneigt, sie aufzunehmen. Die neue Partei, die dadurch entsteht, will den Namen „Sozialliberale Partei annehmen. Die Arbeiterbewegung wird den „Nationalsozialen" keine Thräne nachweinen.

„Verderbtes Rechtsgefühl" wagt der Exsozialdemokrat und scharfmacherische Frechling Max Lorenz in seiner „Antisozialdemokratischen Korrsp." der „Sozialen Praxis" vorzuwerfen wegen der auch von uns mitgeteilten Kritik des Urteils im Bromberger Landfriedensbruchprozeß. Die Auslassung ist so bezeichnend — nicht allein für den Lorenz — sondern auch für die von ihm vertretenen Scharfmacher, daß wir ausnahmsweise einmal ausführlicher davon Notiz nehmen wollen. Sie lautet:

„Als sehr eigentümlich müssen wir es zunächst vermerken, daß die „Soziale Praxis" verlangt, die Richter sollten sich mit „sozialpolitischen Empfindungen" erfüllen. Was heißt denn das? Was sind sozialpolitische Empfindungen? Im Sinne der „Sozialen Praxis" gehörte dazu die Anerkennung einer Reihe ganz bestimmter, sehr weitgehender sozialpolitischer Forderungen, einseitiger und bestrittener Parteiforderungen. Es ist doch ein ziemlich starkes Stück, wenn das Blatt verlangt, die Richter sollten vom Standpunkt des Programms der „Gesellschaft für soziale Reform" Recht sprechen. Denn darauf kommt das Verlangen der „Sozialen Praxis" doch schließlich heraus. Geradezu unerhört aber ist es, wenn die „Soziale Praxis" den Landfriedensbruch der Verurteilten damit entschuldigt, sie wären in einer begreiflichen Erregung gewesen, weil „ihnen eine Niederlage im Streik drohte". Also erst lassen die Leute es auf einen Streik ankommen. Wenn dann der unbedacht in leichtsinniger Abschätzung der Kräfte unternommene Streik verloren zu gehen droht, haben sie einen gewissen psychologischen Anlaß zum Landfriedensbruch, und dieser psychologische Anlaß soll strafmildernd wirken für die „im Namen des Königs" vollzogene objektive Rechtsprechung, die doch — unserer Meinung nach — das Recht der Gesellschaft gegenüber dem Rechtsbruch der Individuen zu schützen hat. Das moderne Rechtsgefühl der „Sozialen Praxis" ist geradezu ein korrumpiertes Rechtsgefühl.

„Und zwar sehen wir die Korruption darin, daß immer mehr und mehr auch auf dem Gebiete des Rechts — wie nahezu auf allen Gebieten — die Willkür und Wandelbarkeit des Subjektivismus an Stelle eines objektiven Rechtszustandes tritt, und daß parallel damit das Recht vom Mitleid verdrängt wird. Es schwinden heutzutage in unserem öffentlichen Leben immer mehr und mehr die Charaktere von Kraft und Fülle, die den Staatsgedanken gewissermaßen leibhaftig vertreten und in denen mit einem ausgeprägten und berechtigten Persönlichkeitsbewußtsein ein Verantwortlichkeits- und Gemeinsamkeitsgefühl organisch verbunden ist. Kurz gesagt: Es schwinden die wahrhaft politischen Charaktere. Ein solcher Charakter weiß und fühlt: So ist meine Macht und aus dieser Macht ergibt sich mein Recht und meine Pflicht.

„An die Stelle getreten sind Leute mit dem „modernen Rechtsgefühl" und „sozialen Empfinden" der „Sozialen Praxis". Was ist aber dieses „soziale Empfinden"? Worauf beruht es? Nicht auf dem persönlichen Kraftbewußtsein und dem daraus fließenden Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl und Rechtsempfinden, sondern aus einem über alle Maßen sensitiven Subjektivismus: Und diese Subjektivisten sind nicht „ganze Männer", die was in sich haben, die was zu bedeuten haben, die eine Macht repräsentieren, die leben und leben lassen, sondern Schwächlinge, die zufrieden sind, wenn man sie nur leben läßt, und die an Stelle von Macht und Recht „soziales Empfinden" und Mitleid setzen. Die allerdings verhüllten, aber eigentlichen psychologischen Grundlagen des sogenannten modernen „sozialen Empfindens" sind Furcht und Feigheit. Weibisch und weichlich zu sein bis zur Hypersensitivität und Hysterie ist das Charakteristikum der spezifisch „modernen Welt". Und diese Wesenzüge zeigen sich gleichförmig in Politik und Recht, wie Philosophie und Kunst und auch — nicht am wenigsten — auf dem Gebiete der Religion. Die Beurteilung des Bromberger Richterspruchs durch die „Soziale Praxis" und die Blätter des „weiblichen" Freisinns ist ein Produkt dieses „modernen" Seelenzustandes korrumpierter Zeitgenossen."

Es ist schon ein starkes Stück, einen Lorenz über „korrumpierte Zeitgenossen" und korrumpiertes Rechtsgefühl" zetern zu hören, einen Menschen, der, nachdem er einmal der Sozialdemokratie durchs Haus gelaufen ist, sich den Scharfmachern als Handlanger und Wortführer verdungen hat. Diesen Helden des Scharfmachertums protzige Kraftmeierei treiben zu sehen, wäre belustigend, wenn sie nicht Ausdrücke des Seelenzustandes großer Kreise unseres Unternehmertums wäre, die ihre Freude daran haben, durch brutale Mittel die um ihre Lebensfreude kämpfenden Arbeiter unter das Joch zu beugen. Da kommt es denn auf Verdrehungen auch nicht an. Nicht die drohende Niederlage an sich war die Ursache der Erregung in Bromberg, sondern die schon übliche Parteinahme der Behörden für die Unternehmer, den an sich stärkeren Teil. Das hat die „Soziale Praxis" mit Recht als Milderungsgrund geltend gemacht. Die Schimpfereien darüber sind nur ein Ausfluß des Aergers, daß nicht überall mehr die Macht als Recht angesehen wird. Zudem liegt aber System darin, durch solche Aufhetzereien die Behörden und Gerichte scharf zu machen, damit sie noch mehr den Klassenstandpunkt der Unternehmer wahren.

Ueber Klassenjustiz äußert sich im neuesten Heft der „Preußischen Jahrbücher" der bekannte konservative Politiker Professor Hans Delbrück, nachdem er einige höchst auffällige Gerichtsurteile der letzten Zeit, wie das Löbtauer, das wider Graf Pückler und das oberkriegsgerichtliche gegen Hüssener, zitiert hat. Er sagt:

„Was verstehen wir unter Klassenjustiz? Selbst die Sozialdemokratie behauptet nicht, daß es bewußte Parteilichkeit und Ungerechtigkeit sei, sie behauptet nur, daß die Inhaber der richtenden Gewalt bei uns unbewußt befangen sind in gewissen Vorstellungen ihres Standes und ihrer Klasse und aus diesem Vorstellungskreise heraus fortwährend Urteile sprechen, die von den niederen Klassen als schweres Unrecht empfunden werden. Ich glaube, daß tatsächlich hier der eigentliche Knotenpunkt unserer politischen Verwicklung ist. Worüber haben sich denn die unteren Klassen bei uns eigentlich zu beklagen? Es ist ja eine Albernheit, zu meinen, daß durch bloße demagogische Agitation eine Partei von drei Millionen Wählern zu stande gebracht wird, die in anderen verwandten Kulturstaaten, z. B. England, überhaupt nicht existiert. Es müssen große, überaus drückend empfundene Beschwerden vorhanden sein; wo sind sie? Materielle Ueberlastung mit Steuern? Das kann so schlimm nicht sein, denn im ganzen geht es unseren niederen Klassen nicht schlechter als anderswo, eher besser. Die großen Wohltaten der sozialen Versicherungsgesetze werden von ihnen selber nicht geleugnet. Die beschränkte Teilnahme an der Regierung durch die Klassenwahl wird von den Massen so direkt wenig empfunden; das, was sie empfinden, ist tatsächlich die Behandlung, die ihnen von den Verwaltungs-, Polizei- und Justizbehörden zu teil wird. Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer. Im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts fühlen die Arbeiter sich nicht als Gleichberechtigte. Hier also muß vor allem eingesetzt werden mit der Besserung. Aber es ist ungeheuer schwer. Es ist viel schwerer, als Gesetze zu ändern. Es handelt sich darum, in unserem ganzen Beamtentum einen anderen Geist heranzubilden. Unser Beamtentum ist gut diszipliniert, einige kräftige Worte von oben würden aufklärend und dadurch bessernd wirken, aber nun erscheint erst der verhängnisvolle Zirkel, in den wir eingeschlossen sind: diese Worte, die die Wurzel der Sozialdemokratie abschneiden würden, können und dürfen nicht gesprochen werden — weil wir die Sozialdemokratie haben. Denn das wäre eine sehr leichtfertige Täuschung, wenn man glauben wollte, diese Partei würde in dem Augenblick, wo die gerechtfertigten Beschwerden, die sie vertritt, gehoben sind, aufhören zu existiren. Es handelt sich aber darum, gleichzeitig mit aller Kraft die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten, keinen Anlaß zu gerechtfertigten Beschwerden zu geben. Das aber ist bei den Vorurteilen, der Leidenschaftlichkeit und Einseitigkeit der Menschen unendlich schwer. Die große Mehrzahl der Beamten versteht es eben nicht anders, die Staatsautorität geltend zu machen, als dadurch, daß sie, wo sich auch eine Gelegenheit bietet, möglichst schneidig auftritt und eingreift. Welch unermeßlichen Schaden solche überschneidigen Urteile und Maßnahmen der Staatsautorität tatsächlich zufügen, indem sie in der Menge den leidenschaftlichen Haß erzeugen, der sich dann bei den Reichstagswahlen äußert, das machen sich diese Präsidenten, Geheimen Räte, Richter und Staats-

anwält nicht klar. Werden sie aber von oben darauf hingewiesen, so entsteht die Gefahr, daß sie unsicher werden und Weichheit Platz greift, auch da, wo Strenge walten muß... Alle Arbeit gegen die Sozialdemokratie, strenge Unterdrückung oder Wohltat, soziale Gesetzgebung und Belehrung, Vaterlandsliebe und Religion, alles wird keine Wirkung haben, so lange nicht ein anderer Geist in unsere Strafkammern eingezogen ist."

Natürlich ist der Herr Professor auf dem Holzwege, wenn er meint, der Sozialdemokratie könne das Wasser abgegraben werden, wenn nur die Beamten die Arbeiter anständig und objektiv behandelten. Aber darin hat er recht, daß die gesamte Bureaukratie dem Gedanken der Gleichberechtigung aller ganz verständnislos gegenüber steht, daß sie die Angehörigen der Arbeiterklasse als „minderen Rechts" betrachtet und daß die Gerichte Urteile von unerhörter Strenge gegen die Arbeiter und von ebenso unerhörter Nachsicht gegen Verbrecher aus den „besseren Kreisen" fällen. Es mutet nur komisch an, daß er eine Besserung durch „einige kräftige Worte von oben" erwartet. Wer ist „oben"? Etwa der Justizminister, der den „alten Rechtsgrundsatz" zitierte: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe?" Oder ein andere, von dem da das geflügelte Wort herrührt vom edlen und vom unfreien Mann?

Etwas für katholische Arbeiter — zum Lesen und zum Nachdenken! „Der christlichen Arbeiter Belehrungs- und Erbauungsbuch für den Arbeiterstand" betitelt sich ein Buch, das vom katholischen Pfarrer Josef Reiter in Scheuring verfaßt und „mit Genehmigung des bischöflichen Kommissariats in Heiligenstadt (Eichsfeld) veröffentlicht" worden ist. Dieses mit unverfälscht christlichem Oele gesalbte Buch spricht sich über die Ansprüche des Arbeiters auf Speise und Trank sowie seine Pflicht zur Arbeit also aus:

„Die Obrigkeit, die Vorgesetzten, die Regenten sind von Gott gesetzt. Jeder, der Macht und Ansehen hat, der das Recht besitzt, über andere zu befehlen, anderen etwas vorzuschreiben oder aufzuerlegen, hat diese Macht, dieses Ansehen, dieses Recht nicht ohne den Willen, ohne die Zulassung Gottes, denn Gott regiert alles. (Seite 115.)

... Diese Ehrfurcht fordert von uns, daß wir den Obrigkeiten untertan sind ... (Seite 116.)

Gibt es nicht Menschen, welche in nichts anderem Vergnügen finden, als ihre Vorgesetzten zu tadeln, ihre Verirrungen (!) auszuposaunen, ihre Handlungen zu bespötteln, ihre Schritte zu verdächtigen? (Seite 117.)

Möchte jede Widersetzlichkeit, jeder Trotz, jedes Murren unter den Menschen aufhören? Möchte doch jeder Untergebene es einsehen, daß Gehorsam gegen seine Vorgesetzten sein schönster Schmuck, seine schönste Zierde sei! (Seite 119.)

Von der großen Arbeitslosigkeit innerhalb der fleißig schaffenden Lohnarbeiterschaft scheint Herr Josef Reiter noch nichts gehört zu haben. Daher kann er auch nicht wissen, wie nötig die Eindämmung der „Arbeitsamkeit" durch eine Verkürzung der Arbeitsdauer geworden ist, soll den Hunderttausenden Erwerbsloser „ausreichender Lohn" zufließen. Nach dem „Christlichen Arbeiter" besteht die Lösung der „sozialen Frage" einfach in der möglichst langen Ausbeutung des einzelnen Arbeiters, unbekümmert um die persönlichen und gemeinwirtschaftlichen Folgen. Wenn ein Pfarrer den Arbeitern den Rat gibt, sie sollten mit wenigem und „gemeinem Essen zufrieden sein, dafür aber unaufhörlich arbeiten, so macht dieser Kasus lachen, sintemalen es die Herren für ihre eigenen Personen mehr mit der Regel halten: Gut und viel essen und wenig arbeiten macht das Leben süß.

„Die Mäßigkeit in Speise und Trank lehrt uns, daß wir um die Arten und Gattungen der Speisen, noch um ihre Würze und kunstgerechte Zubereitung nicht viel besorgt sein sollen; wir sollen mit jeder, auch mit der einfachsten Speise zufrieden sein. (Seite 122.)

„Wenn Ihr also bei Euren gemeinen Speisen nach den feinen und ausgesuchten Speisen der Reichen verlangt; wenn Ihr sie um ihre wohlbestellten Tafeln beneidet; wenn Ihr denkt oder sprechet: säßen wir nur auch an solchen Tafeln, hätten wir nur auch solche Leckerbissen und gut zu essen und zu trinken usw., so habt Ihr die Mäßigkeit noch nicht ... (Seite 125.)

„Arbeit und Mühe, und zwar unausgesetzte Arbeit und Mühe ist das große Gesetz des Lebens, und von ihm kann es keine Ausnahme geben.

Es starb der Reiche und ward begraben in der Hölle, heißt es von ihm im Evangelium. Warum also durch törichte, vermessene und sündhafte Wünsche sich selbst quälen?" (Seite 150—151.)

„Und wenn selbst ein größeres Maß von Arbeit und Mühe Dir beschieden wäre und ein größeres Kreuz auf Dir läge, als auf hundert andern, weißt Du nicht, daß die kurzen und vergänglichen Anstrengungen und Beschwerden dieses Lebens Dir einen ewigen und überschwenglichen Lohn erwerben?" (Seite 153.)

„Zur Arbeit ist uns das Leben gegeben, zur Ruhe ist die Ewigkeit bestimmt. (Seite 197.) ... Groß ist also der Nutzen der Arbeitsamkeit; sie erhält Leib und Seele gesund, verschafft uns ausreichenden Lohn (?) und ads Anrecht auf den Genuß der irdischen Güter (?) und erwirbt uns reichlichen Lohn im iHmmel ..." (Seite 196.)

Der Mann macht volle Arbeit. Daß es keine Untertanen mehr gibt, sondern nur noch gleichberechtigte Staatsbürger, ist dem Pfarrer unbekannt. Daß die Hundedemut keine Tugend, sondern eins der häßlichsten Laster ist, braucht sein in christlichem Sinne dressiertes Denken nicht zu wissen. Und daß die Welt, vor allem auch die Arbeiterklasse schon mit dem Gottesgnadentum der Fürsten aufgeräumt hat und durchaus keine Lust verspürt, dafür oder daneben ein Gottesgnadentum des Kapitals einzuführen, braucht einen Josef Reiter nicht abzuhalten, das konfuseste Zeug zusammenzuschreiben.

Die Arbeiter ersehen aus dem Buche, wie sie zur Kirche stehen. Kurz zusammengefaßt lauten die Regeln zur „Erbauung und Belehrung" der Arbeiter: Iß Dich an Häckisel und Kugelstückchen satt, arbeite von früh bis in die Nacht für einige Dreier, laß Dich puffen und knuffen von Deinen „Vorgesetzten", und freue Dich, wenn Du die Glieder zum ewigen Schlafe streckst, daß Dir der Himmel die Gnade schenkte, Arbeiter sein zu dürfen. Das ist die Lehre der christlichen Kirche für die christlichen Arbeiter.

Die gute, auskömmliche und gesicherte Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein wird trefflich beleuchtet durch den folgenden Beschluß des Kreisausschusses zu Grätz:

„In der Armenpflegebeschwerdesache des Totengräbers Stanislaus Sropka in Niepruschewo wider den Ortsarmenverband daselbst, hat der Kreisausschuß des Kreises Grätz in seiner heutigen Sitzung: in Erwägung, daß der 66jährige Beschwerdeführer zwar vor 22 Jahren die rechte Hand verloren hat, daß er aber infolge Gewöhnung (!) sogar schwere Arbeiten wie Mähen, Holzspalten, Kartoffelausgraben verrichten kann, in Erwägung, daß er als Totengräber jährlich etwas über M 70 verdient, außerdem Bälgetreter ist und sich gelegentlich mit Fischfang beschäftigt, in Erwägung, daß seine 46jährige Ehefrau und die im Haushalte befindlichen Kinder im Alter von 18 und 16 Jahren gesund und rüstig sind und auf Arbeit gehen, während nur noch ein erwerbsunfähiges Kind von 10 Jahren im Haushalt ist, in Erwägung, daß hiernach keine Veranlassung vorliegt, die öffentliche Armenpflege eintreten oder weiter bestehen zu lassen, beschlossen, die eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen."

Wir bewundern pflichtschuldigst das soziale Mitgefühl, das in diesem ablehnenden Bescheid zu Tage tritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrags wird hiermit erteilt: der Zahlstelle Hagen i. W. ab 1. Juli d. J. von 10 ₰ pro Monat, der Zahlstelle Schönlanke ab 1. August dieses Jahres von 10 ₰ pro Monat und der Zahlstelle Bremerhaven ab 1. August d. J. von 5 ₰ pro Woche.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

80400 Gustav Manicke, Tischler, geb. 9. 5. 56 zu Sachsenhausen.
83735 Konrad Brösch, Schreiner, geb. 11. 4. 85 zu Detter.
84699 Ernst Schneppenhorst, Schreiner geb. 19. 4. 81 zu Krefeld.
89102 Wilhelm Wiegmann, Bürstenmacher, geb. 6. 11. 73 zu Osnabrück.
120935 Paul Rostock, Polierer, geb. 18. 9. 76 zu Lübbenau.
129804 Paul Naumann, Tischler, geb. 8. 8. 82 zu Borkow.

Stuttgart, den 1. August 1903.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Conrad Arold, Tischler, geb. 16. 2. 82 zu Wendelstein, gest. 22. 7. 03 zu Goslar.

Adam Demuth, Schreiner, geb. 19. 4. 58 zu Frankfurt a. M., gest. 23. 7. 03 zu Offenbach.

August Niemeyer, Stuhlrohrarbeiter, geb. 24. 9. 57, gest. 17. 7. 03 zu Bremen.

Georg Eggelkraut, geb. 8. 1. 52 zu Regnitz, gest. 21. 7. 03 zu Rehau.

Adolf Hüter, geb. 25. 5. 44 zu Quedlinburg, gest. 30. 7. 03 zu Halberstadt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

17. Gau.

Bericht und Abrechnung vom 1. Halbjahr 1903.

In einem Rundschreiben vom Februar dieses Jahres forderten wir die Zahlstellen zur energischen Agitation auf und angesichts der aus Anlaß der Einführung der Arbeitslosenunterstützung bedingten Beitragserhöhung nahmen wir Veranlassung, Referate speziell über „Die Leistungen des Verbandes als Kampfes- und Unterstützungsorganisation" den Zahlstellen in Vorschlag zu bringen. Ein großer Teil der Zahlstellen kam auch unserem Vorschlage nach. Der Besuch der Versammlungen war durchweg ein guter zu nennen, doch dürfte in einzelnen Zahlstellen eine lebhaftere Agitation zu solchen Versammlungen entfaltet werden. In Passau machten wir Versuche mit Werkstattagitation und war eine darauffolgende Versammlung auch ziemlich besucht, doch dürften einzelne Ortsverwaltungen sich bei der Agitation nicht lediglich auf den Gauvorstand allein verlassen, sondern müssen selbst Hand anlegen zum weiteren Ausbau des Verbandes. In Kempten machte die Zahlstelle gute Fortschritte, und gab dies den Hirsch-Dunckern Veranlassung, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, wobei deren niedrige Wochenbeiträge als Köder dienen sollten, um die Mitglieder von unserem Verbande abtrünnig zu machen. In der Diskussion wurde den „Hirschen" aber ordentlich heimgeleuchtet mit ihrer Agitationsweise. Der Versuch, in Freilassing in der dortigen Parkettfabrik dem Verbande Eingang zu verschaffen, scheiterte nochmals an dem Indifferentismus der dort beschäftigten Kollegen. Aufgabe der Zahlstelle Reichenhall dürfte es sein, diesem Orte mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Im ganzen wurden seitens des Gauvorstandes zu 61 Versammlungen Referenten entsendet. Kassenrevisionen fanden 16 statt, und haben wir in einem Orte Unregelmäßigkeiten zu beklagen. Trotzdem wir wiederholt zum Anlegen der Lokalkassengelder auf der Sparkasse aufforderten, kommen die Ortsverwaltungen derselben noch nicht in dem wünschenswerten Maße nach.

Wegen Differenzen mußten wir nach folgenden Orten Vertreter entsenden: Aibling, wegen Mißständen in der Bürstenholzfabrik Schilhofer; Tölz, Akkordpreisreduzierungen bei Moralt; während es gelang in der Schreinerei von Alb. Zeiler Kost und Logis abzuschaffen.

Kempten. Die Zündholzfabrik „Union" kündigte Maßregelungen an und gelang es, nach Rücksprache mit der Fabrikdirektion, die Anerkennung eines Fabrikausschusses, sowie die Beseitigung kleinerer Mißstände herbeizuführen; desgleichen unterblieben die angekündeten Maßregelungen. Ebenfalls wurde die Maßregelung des Bevollmächtigten verhindert.

Lindau am Bodensee. Anfang März gelang es den dortigen Kollegen die Forderung auf Beseitigung von Kost und Logis ohne Arbeitseinstellung durchzusetzen.

Mühldorf am Inn. Die Maßregelung von 31 Kollegen bei Kempf & Geiger führte zu dem noch andauernden Kampf um Anerkennung der Organisation, über dessen Verlauf wir stets eingehend berichtet haben. Wegen ständiger Zuweisung von Schreinern seitens des Arbeitsamtes Rosenheim wurde Beschwerde beim dortigen Stadtmagistrat geführt, diese blieb jedoch erfolglos, da laut Statut des dortigen Arbeitsamtes die Vermittlung bei Arbeitseinstellungen weitergeführt wird. Ein Fingerzeig, wie sehr die Arbeiter auf die Statuten und Tätigkeit der paritätischen Arbeitsämter zu achten haben.

München. Versuche die Münchener Bürstenmacher, namentlich die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Pinsberger & Co. aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, scheiterte an deren Indifferentismus, desgleichen war eine zu diesem Zwecke einberufene öffentliche Versammlung schlecht besucht, trotzdem die Einladung hierzu in Form eines Flugblattes erfolgte. Eine öffentliche Parkettlegerversammlung erfreute sich dagegen sehr guten Besuches, auch hier wurde ein spezielles Flugblatt verbreitet; desgleichen war der Besuch der allgemeinen Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Schneegaß referierte, ein guter zu nennen.

Der Geschäftsgang ist, mit Ausnahme einzelner kleiner Orte, durchgehends im ganzen Gau ein schlechter, und namentlich liegt in München die Bautätigkeit vollständig brach. Hierunter haben vornehmlich die Bauschreiner und Parkettleger am meisten zu leiden. Das Frühjahr und auch der Sommer brachten nach dieser Richtung keine Besserung. Durch die große Arbeitslosigkeit war im ersten Quartal ein Rückgang der Mitglieder in München zu verzeichnen, im zweiten Quartal stieg die Zahl der Mitglieder jedoch wieder auf den früheren Stand. Leider sind die Aussichten für die Geschäfte, und namentlich im Baugewerbe, für die kommende Zeit recht trübe.

Da der Zuzug nach der „Bierstadt" im Frühjahr und Sommer stets ein großer ist, so hatten wir auch eine große Zahl von arbeitslosen Schreinern stetig zu verzeichnen, was den Herren Schreinermeistern Anlaß zu ständigen Versuchen von Lohnreduzierungen gab, und kam es dieserhalb in der Möbelfabrik Schütter und beim Schreinermeister Kiefer zu Arbeitseinstellungen. In ersterer Fabrik kam ein Vergleich zu Stande, die letztere blieb erfolglos, da die Bude von Streikbrechern besetzt wurde.

Die Sendungen an Postsachen bezifferten sich auf 590 Ausgänge und 241 Eingänge. J. A.: **Ant. Raith.**

* * *

Abrechnung der Gaukasse vom 1. Halbjahr 1903.

Einnahme.

Kassenbestand vom 2. Halbjahr 1902	M.	43,44
Beiträge aus der Hauptkasse	„	1100,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen	„	199,—
Summa...	M.	1342,44

Ausgabe.

Diäten und Fahrgelder an Referenten	M.	689,47
„ „ „ für sonstige Reisen	„	114,75
Drucksachen und Inserate	„	151,90
Porto und Schreibmaterial	„	46,49
Persönliche Verwaltungskosten	„	300,—
Sonstige Ausgaben	„	3,24
	M.	1305,85
Bestand für das 2. Halbjahr 1903...	„	36,50
Summa...	M.	1342,44

Freiwillige Beiträge sandten nachstehende Zahlstellen ein: Kempten M. 5, München (Sektion der Drechsler) 10, Krumbach 5, München Zahlstelle 134, Prien 10, Ingolstadt 10, Tölz 10, Mühldorf 15.

München, 10. Juli 1903.

Karl Deininger, Gaukassierer,
Gieblandstr. 17, 3. Etg.

Josef Spitzer, Bernh. Reitter, Joh. Hutterer.
Revisoren.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Breslau. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Parkettleger referierte der erste Bevollmächtigte über das Thema: „Die allgemeine Tarifbewegung der Parkettleger Deutschlands". Die Ausführungen gipfelten in folgender Resolution, die einstimmig Annahme fand: „Die Breslauer Parkettleger erklären sich mit den übrigen Kollegen Deutschlands in Sachen der allgemeinen Tarifbewegung einverstanden und verpflichten sich, mit allen Kräften dafür einzustehen." Es wurden noch interne Angelegenheiten erörtert, unter anderem sollten die Lohnverhältnisse in den hiesigen Vereinigten Parkettfabriken, in Firma Kampfmeier & Co., G. m. b. H., eine Verbesserung erfahren. Es ist auch gelungen, die Grundtaxe pro qm auf 65 ₰ festzulegen (früher 55 ₰) und pro Stab eine Zulage von 1 ₰. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, ein Moment aus den Verhandlungen, die persönlich mit der Firma gepflogen waren, festzulegen. Der Vertreter der Firma, Herr Gröber, teilte auf Befragen der Kommission, ob die Gesellschaft nicht gewillt wäre, für die Zukunft auch einen allgemeinen Tarif der Parkettleger einzuführen, mit, daß es viel angenehmer wäre und er sich freuen würde, wenn die Arbeiter derartiges in die Hand nehmen wollten. Er würde die Verträge halten, wenn nur solches immer die Arbeiter täten. Die Ausführungen des Kollegen Raith in Nr. 19 d. Ztg. sind hierdurch zum Teil schon bekräftigt. Wenn auch der einzelne Fall nicht gelten soll, so bleibt uns aber die Gewißheit, daß, wenn nur einmal die Arbeiterschaft erst geschlossen ihren Willen zum Ausdruck bringen könnte, sich manches leichter machen wird, als man von vornherein

glaubt. Die Seele der Tarifbewegung ist wiederum eine umfassende Agitation. Den einheitlichen Gedanken zu fördern ist keine leichte Aufgabe. Den bisher gemachten Vorschlägen kann man sich nur anschließen. Nur noch eine Frage: „Wäre es nicht möglich, in der „Holzarbeiter-Zeitung" von Zeit zu Zeit eine Rubrik mit den Adressen derjenigen Vertreter von Zahlstellen zu errichten, die bei der Tarifbewegung besonders in Frage kommen?" Es würde die Agitation behufs Erlangung von Material besonders erleichtern.

Burg bei Magdeburg. Seit fast fünf Jahren hatten wir einen stabilen Mitgliederstand von rund 260. Wenn auch, was leider in einer ganzen Anzahl von Zahlstellen der Fall ist, ein Teil der Kollegen recht bummlige Zahler waren, war es uns doch möglich, dieselben als Mitglieder zu erhalten. Selbst mit dem Besuch der Mitgliederversammlungen konnte man zufrieden sein. Im Laufe des letzten Jahres ließ derselbe jedoch merklich nach. Woran dies liegt, ist schwer zu erraten. Ein Teil der Mitglieder glaubt, die Lokalverwaltung sei schuld daran, andere meinten wieder, daß durch die heimliche Wühlerei einzelner Mitglieder gegen die Lokalverwaltung das friedliche Einvernehmen unter den Kollegen Schaden gelitten habe. Wir haben am Schluß des zweiten Quartals die traurige Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß wir — was seit langen Jahren nie vorkam — wegen Zahlungssäumnis 9 Mitglieder streichen mußten; 5 andere sind aus irgend sonstigen Gründen ausgetreten. Es kommt dazu, daß unser Kassierer, der bereits im elften Jahre als solcher im Amte war und der durch seinen äußeren Lebenswandel nie Veranlassung zu einem Verdacht gegen ihn gab, die horrende Summe von *M* 816,45 veruntreute, für die ihm die wohlverdiente Strafe noch werden wird. Durch all dieses hat sich bei den Kollegen eine Resignation bemerkbar gemacht, die, wenn sie länger anhält, die übelsten Folgen zeitigen kann. Unsere Arbeitgeber grinsen sich ob unseres Verlustes ins Fäustchen, und die verschiedenen Aufrempelungen und indirekten Abzüge — hauptsächlich herbeigeführt in den größeren Werkstätten durch eine größere Teilung der Arbeit —, die wir nicht immer ganz nach Wunsch zurückweisen konnten, sollten uns der beste Beweis dafür sein, woher bei den Herren Arbeitgebern der Wind weht und was man gegen uns im Schilde führt. Kollegen, denkt daran, daß nur von unserer Einigkeit allein das Wohl und Wehe unserer Familie abhängt. Ihr habt im Jahre 1899 bewiesen, daß Ihr einig sein könnt. Damals habt Ihr es auch gewollt. Nun, zeigt auch für die Zukunft den guten Willen, und es wird gehen, besser gehen, als Ihr Euch in Eurer augenblicklichen Gleichgültigkeit einreden könnt. Die Lokalverwaltung hat jetzt gewechselt. An ihr kann es also nicht mehr liegen. Tretet nun aber auch dafür ein, daß der neuen Lokalverwaltung die Lust zur Arbeit nicht gleich zu Anfang vergällt wird, kommt nach wie vor in die Versammlungen und sorgt einmütig dafür, daß die inneren Verhältnisse bei uns wieder gekräftigt werden, und daß unsere Zahlstelle für die Zukunft wieder in dem Renommee steht, in welchem sie so lange gestanden, und das ihr als einer der älteren und größeren Zahlstellen auch zukommt. Jede persönliche Animosität — das Wort hat man leider in der letzten Zeit in unseren Versammlungen nur zu oft hören müssen —, wenn sie auf die Sache übertragen wird, kann und muß uns nur zum Schaden gereichen. Nichts wird der Förderung unserer Sache hinderlicher sein, als wenn man glaubt, daß ein Kollege, wenn man nun einmal mit ihm nicht gut Freundschaft halten kann, auch nicht die Fähigkeit oder garnicht den guten Willen besitzt, für die gemeinsamen Interessen der Kollegen tätig sein zu können. Jeder einzelne hat seine Schuldigkeit zu tun, und wenn jeder in seinem Nebenkollegen denjenigen sieht, welcher in Gemeinschaft mit ihm für das Wohl der Zahlstelle arbeiten will, Kollegen, dann geht es, dann muß es gehen. Darum seid einig, einig, einig!

Eisenberg i. S.-A. Durch die fortwährende Suche von Holzarbeitern in bürgerlichen Zeitungen fühlen wir uns veranlaßt, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß solche hier nicht gebraucht werden, da es noch Kollegen gibt, die als Handlanger arbeiten müssen. Es gibt hier Fabrikanten, die im Inserieren nach Arbeitskräften großartiges leisten; kommen dann Arbeiter, so heißt es: „Ist besetzt!" oder es werden Ausflüchte gemacht. Auch Arbeiter, die schon da gearbeitet haben, werden nur in ganz dringenden Fällen angenommen, wissen dieselben doch die alten Löhne, und da ist es nicht immer möglich, die Preise so festzusetzen, wie man es sonst kann. Besonders werden die Kollegen auf die Küchenmöbelfabrik von Zeiske & Drasdo aufmerksam gemacht. Hier gibt es Löhne, daß man schnell wieder den Staub von den Pantoffeln schüttelt. Besonders werden die Arbeitsnachweise auf obiges aufmerksam gemacht, da die Firma ebenfalls diese in Anspruch nimmt. Die zureisenden Kollegen werden ersucht, sich bei Annahme von Arbeit vorher beim Bevollmächtigten zu erkundigen. Den Eisenberger Kollegen möchten wir hierdurch noch zurufen: „Tut Eure Pflicht besser als bisher, und besucht die Versammlungen, damit auch wir einmal daran denken können, bessere Zustände zu schaffen.

Frankfurt a. M. „Berufs- oder Industrieverbände", so lautete das Thema, das der Bürstenmacherkollege Herr Andres aus Köln, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Bürsten- und Pinselmacher Kniestedtscher Richtung am 26. Juli hier behandelte. Aus Neugierde und um einmal zu hören, was denn die Herren Kniestedter eigentlich wollen, begab sich Schreiber dieser Zeilen auch in die Versammlung. Aber ich wurde sehr enttäuscht, denn über die wahren Ziele der kleinen Zwerggeburt, was sich so nennt „Verband der Bürsten- und Pinselmacher", hat Herr Andres sehr wenig gesprochen, er hat sich nur in einigen Ausfällen gegen den deutschen Holzarbeiterverband gefallen und suchte die anwesenden Kollegen vor demselben graulich zu machen. Ich muß sagen, war es dem Herrn Kniestedt schon nicht gelungen, Vorteile für sein Verbändchen zu erringen, noch viel weniger dem Herrn Andres, und er wird sich wohl überzeugt haben, in welch „ausgezeichneten" Händen sich die Frankfurter Zahlstelle seines Verbandes befindet. Dieser Mann soll die Führung der Bürstenmacher übernehmen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Nein, da stelle ich mich doch schon lieber unter die Führung von Männern, die wirklich befähigt sind, einer Arbeiterorganisation vorzustehen, und wenn es auch zufällig ein Tischler ist. In der Diskussion nahmen auch einige Mitglieder des Holzarbeiterverbandes das Wort und rückten die Ausführungen des Herrn Referenten in das rechte Licht, namentlich Kollege Kohl verstand es, den Anwesenden vor Augen zu führen, daß die Interessen der Bürsten- und Pinselmacher nur in einer großen, mächtigen und leistungsfähigen Organisation, nämlich im Holzarbeiterverband gewahrt und gefördert würden, und daß auch die von den Herrn Kniestedtern so sehr bekämpfte Arbeitslosen-Unterstützung den Bürstenmachern zu gute käme, trotzdem der Herr Andres ausgerechnet hatte, die Bürstenmacher wären prozentual nur zwei Tage im Jahre arbeitslos. (Ich wollte es wäre so.) Die Ausführungen des Kollegen Habal erregten allgemeine Heiterkeit, als er anführte, daß bei Gründung der hiesigen Zahlstelle fast alle sehr stark in das Glas geguckt hätten, und bei dem Vorsitzenden kommt es garnicht selten vor. Nun, wir als Holzarbeiter können mit dieser Versammlung zufrieden sein, denn der Erfolg war auf unserer Seite, wir hatten am Schluß der Versammlung zwei Aufnahmen zu verzeichnen und im Laufe der vergangenen Woche ließen sich noch sechs Bürstenmacher aufnehmen, während die Kniestedter unter Aufbietung aller Mittel nur einen jungen ausgelernten Kollegen für sich gewinnen konnten. Es wäre ja töricht von uns, wollten wir die Herren Kniestedter bei ihrer Agitation stören, wie von jener Seite immer behauptet wird. Nein, nur so fort gearbeitet, Herr Kniestedt, wenn wir jedesmal acht Mitglieder für den Holzarbeiterverband gewinnen, können wir zufrieden sein. Ich glaube auch, die Frankfurter Bürstenmacher werden bald zur Einsicht kommen, und werden beweisen, daß sie mit einem solchen Verband, wo sogar Gründer der hiesigen Zahlstelle in Lauterberg a. H. ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind und Streikbrecher wurden, nichts zu thun haben wollen, sondern sich Mann für Mann dem deutschen Holzarbeiterverband anschließen. Darum auf, ihr Bürsten- und Pinselmacher aller Orts, hinein in den deutschen Holzarbeiterverband, damit auch für uns bald bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, und laßt euch nicht dadurch ködern, daß der Bürstenmacherverband Kniestedtscher Richtung billiger ist; „was billig ist, taugt auch nichts."

Gebweiler. Den Artikel aus Gebweiler, der in der „Holzarbeiterzeitung" vom 12. Juli in der Nr. 28 erschien, habe ich, weil wir zu wenig Zeitungen erhalten hatten, und weil in der Werkstatt noch wenig Organisierte sind, an die Leimtür angeschlagen, damit ein jeder Arbeiter sehen kann, wie er gedrückt wird. Dieses war aber dem Herrn Graf nicht ganz angenehm, und er sah sich genötigt, seine Ehre zu retten, indem er ein Plakat darunter anschlug, folgenden Inhalts:

„Obiger Artikel wirft mir vor, Prämien (es waren Frcs. 400) ausbezahlt zu haben und ersucht nun Abonnent, daß solches Verfahren aufhöre. Ich überlasse die Blüte der Verkehrtheit eurem gesunden Menschenverstand. Ferner bekenne ich noch, Trinkgelder gegeben und alle Maschinenarbeiter zu einem lustigen Nachtessen eingeladen zu haben. Wenn nur nicht diese Zeitung dies auch noch erfährt. Sonst darf ich vielleicht weder Trinkgelder, noch lustige Stunden meinen Arbeitern verschaffen. Also ja nichts davon verraten." J. J. Graf.

Wir sehen uns veranlaßt, hier auch dem Herrn Graf Antwort zu geben, damit die Arbeiter urteilen können. Man könnte glauben, daß der Herr Graf die Prämien sowie die Trinkgelder und Nachtessen aus seinen eigenen Taschen aus purer Güte und Wohlwollen seinen Arbeitern gegeben hat. Pardon! Herr Graf! geben Sie zuerst ihren Arbeitern den richtigen Lohn, wie es sich gehört, statt solcher Löhne, wie Sie es bis jetzt tun, dann werden die Arbeiter auf die Prämien verzichten. Uno mit den freiwilligen Trinkgeldern darf man sicher sein, daß sie nur denjenigen zu gute kommen, die dem Meister und Herrn Spitzeldienste leisten. Und was die Maschinenarbeiter anbelangt, so geben Sie ihnen für die Nachtarbeit und die Ueberstunden einen Zuschlag von 10 bis 20 ₰ pro Stunde, wie es in anderen Werkstätten auch Gebrauch ist, dann können sie sich jeden Monat ein Nachtessen in ihrer Familie leisten, wo es besser angebracht wäre, als in einer Wirtschaft. Und dieses Nachtessen wäre gewiß so lustig, als ein solches, das ihnen der Meister alle 2 bis 3 Jahre bietet. Und ferner soll Herr Graf zuerst die Mißstände in seinem Betriebe beseitigen, damit nicht noch andere Zeitungen die Oeffentlichkeit mit diesen Mißständen in Staunen setzen.

Magdeburg. Als unsere Zahlstelle vor kurzem ihr zehnjähriges Bestehen festlich beging, ließ die allgemeine zahlreiche Beteiligung die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß von nun ab die Magdeburger Kollegen allen Zank und Hader beiseite lassen und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung kämpfen würden, wozu wirklich alle Ursache vorhanden ist. Leider belehrt uns ein Flugzettel, der durch den alten Kollegen Fischer am Sonnabend voriger Woche verbreitet wurde, eines anderen. Durch diesen Zettel ladet der Vorstand der „freien Vereinigung" alle in Tischlereibetrieben beschäftigten Personen zu einer Versammlung, die am 8. August, tagen und über „die Organisationsverhältnisse in unserem Beruf, Zweck und Leistungen derselben", beraten soll, ein. Die „werten Kollegen" werden dann im voraus folgendermaßen belehrt: „Da einmal Wandel geschaffen werden muß und alle Kollegen, welche bisher nicht organisiert oder dem Zentralverband aus triftigen Gründen den Rücken gekehrt haben, kommt in diese Versammlung, prüft alles und dann werdet Ihr finden, daß alle diese Ursachen, welche Euch die Organisationen verleidet haben, in der freien Vereinigung (die wegen allzu großen Terrorismus im Deutschen Holzarbeiterverband sich vor kurzem gebildet hat) beseitigt sind. Kollegen! Erscheint, prüft und schließt Euch wieder der Organisation an zu unser aller Wohl." Als wir den Kollegen Fischer fragten, weshalb denn nun eigentlich diese ganze Quertreiberei sich notwendig mache, da meinte er: „Na, so kann das doch nicht weiter gehen. Wir wollen uns doch nicht durch einen Klees und den Latschenmacher unterdrücken lassen." Diese Antwort ist für die Magdeburger Verhältnisse charakteristisch. Hier kann es jedesmal „so nicht weitergehen", wenn es irgend jemanden, dessen organisatorische Fähigkeiten im umgekehrten Verhältnis zu seiner Ungeniertheit stehen, nicht nach Wunsch geht. Da muß sofort alles in Bewegung gesetzt und in den Werkstätten für den Austritt aus dem Verband agitiert werden, nur „um den leitenden Kollegen zu beweisen, daß sie damit nicht durchkommen". Eine traurige Zerfahrenheit, die sich immer wieder breit macht, in den Verhältnissen selbst aber nicht begründet ist. Denn wenn gegenwärtig die Kollegen Höschel und Stampehl und einige andere mit den Beschlüssen der Generalversammlungen unserer Zahlstelle nicht zufrieden sind, wer gibt ihnen ein Recht, von „allzu großem Terrorismus im Holzarbeiterverbande" zu reden? Die Beschlüsse sind gefaßt mit allen gegen 5 bis 8 Stimmen, und wenn die Kollegen wirklich die guten Demokraten sein wollen, als die sie sich immer selbst bezeichnen, so müßten sie bei ihrem Alter doch nun schon wissen, daß nach demokratischen Grundsätzen die Minorität die Beschlüsse der Mehrheit anzuerkennen hat, und daß es eine eigentümliche Betätigung demokratischer Anschauung ist, einer Organisation sofort feindlich gegenüber zu treten, weil man eben einfach mal nicht Recht bekam. Aber gerade hier liegt ja die Erklärung, die uns zugleich zeigt, wohin die Reise der „freien Vereinigung" geht. Nicht etwa die Ziele gewerkschaftlicher Bestrebungen will man verfolgen — das könnte man ja auch im Holzarbeiterverband haben —, sondern ganz persnöliche Gründe, die nicht frei sind von Eigennutz, haben vor Monaten dieser „freien Vereinigung" das Leben geschenkt. Man wollte nicht, daß der Kollege Gorgas Geschäftsführer der Zahlstelle und Rendant der Ortskrankenkasse wurde, weil man für diesen Posten einen anderen ausersehen hatte. Das allein, aber auch nur das war der Grund zum Austritt aus dem Holzarbeiterverband. Darum gibt man den Ausbeutern das ergötzliche Schauspiel der Bekämpfung eigener Kollegen und macht es den Faulen leicht, billigen Vorwand gegen unsere Organisationsbestrebungen zu finden. An die Magdeburger Holzarbeiter tritt aber die Frage heran, ob wir nicht endlich diese Quertreiberei sich selbst überlassen wollen. Die Ursachen derselben haben wir vorstehend geschildert. Als die Kollegen Klees und Gorgas noch nicht der Verwaltung angehörten, da waren es die Kollegen Haarbaum und Vahle, die zum Vorwand der Quertreiberei dienen mußten; damals wollten dieselben Leute, die heute die „freie Vereinigung" bilden, sich nicht von den Angestellten der „Volksstimme" terrorisieren lassen. Und wenn wir morgen an die Stelle von Klees und Gorgas irgend welche andere — und seien es die besten von uns — setzen würden, so würde sich die Opposition sofort gegen diese richten, denn krakehlen muß man von jener Seite, da man sich doch bemerkbar machen will. Kollegen Magdeburgs! Zehn Jahre leidet unsere Organisation unter diesen Verhältnissen; soll das auch für die Folge so bleiben? Ihr müßt die Kosten dieses überflüssigen Gezänks tragen, denn die Organisation kann sich dabei nicht entwickeln und diejenige Stärke erlangen, die sie zur Vertretung unserer Berufsinteressen so notwendig bedarf. Während fast alle anderen Organisationen freudig an ihrer Ausbreitung arbeiten und Fortschritte machen, kommen wir durch dieses Gezänk einiger verärgerter Kollegen nicht recht vorwärts. Laßt doch endlich diese Leute reden, was sie wollen, und arbeitet unbekümmert für unsere Organisation, die höhere Zwecke verfolgt, als ein beliebiger Redeklub es kann. Und gerade gegenwärtig, wo die Herren Tischlermeister uns durch ihre Organisation, die auch den schönen Namen „freie Vereinigung" führt, fortgesetzt brüskieren und die Löhne verhunzen, gerade gegenwärtig haben wir alle Ursache, die Reihen zu schließen. Lassen wir also Höhne, Stampehl und andere in der „freien Vereinigung" reden — denn ohne das können sie nun mal nicht leben — und verrichten wir derweil nutzbringende Arbeit in der Organisation. Der Erfolg wird dann zeigen, auf wessen Seite das „Recht" ist.

Neustadt bei Coburg. Nach zweijährigem Bemühen gelang es dem Einsender dieses, mit Hülfe der Sonneberger Kollegen, am letzten Sonntag eine Holzarbeiterversammlung einzuberufen, welche zwar nicht zum besten besucht war, doch einen guten Abschluß gefunden hat. Da der Referent aus irgend welchem Grunde nicht erschienen war, sprachen mehrere hiesige und Sonneberger Kollegen über die Vorteile des Verbandes. Es ließen sich auch zwei Kollegen aufnehmen, während die anderen Anwesenden versprachen, zu der am 8. August anberaumten Besprechung zu erscheinen und sich eventuell aufnehmen zu lassen. Wahrlich, Kollegen, es ist auch an der Zeit, daß ihr aus diesem alten Schlendrian aufwacht, besteht doch hier noch eine ungeregelte Arbeitszeit von 5—8 Uhr und 6—8 Uhr bei einem Lohn von *M.* 6—7 mit Kost und Logis; ohne dieses zwischen 22 bis 30 ₰ pro Stunde. Welch ein Unterschied in so einer kleinen Stadt (6000 Einw.). Die Behandlung läßt auch noch viel zu wünschen übrig. Ist es doch schon vorgekommen, daß ein jüngerer Kollege seinen Wochenlohn Montags noch nicht erhalten hatte und es vorzog fortzugehen. Als er seinen rechtlich verdienten Lohn verlangte, bekam er zur Antwort: „Was, Lohn willst? a paar Schell'n kannst du krieg'n!" Einsender dieses könnte noch mehr erzählen, doch genug davon. Während der Versammlung machte ein Kollege bekannt, daß am letzten Samstag der hiesige Gefangenenaufseher einen Meister um Arbeit für einen Gefangenen (Polierer) gebeten habe. Er würde es ganz billig machen. „Sie können ihm (den Gefangenen) geben was Sie wollen", sprach Herr Aufseher Waldmann. Der Meister Herr L. Eckstein freute sich und sagte gleich: „Ja, wenn's ein Schreiner ist, dann kann er nächste Woche genug Arbeit haben!! Ich schaffe eine Hobelbank hin, dann kann er arbeiten". Doch daraus konnte nichts werden, denn er ist blos Polierer. Bei diesem Meister stand ein Kollege, welcher Frau und Kind zu ernähren hat, in Kündigung. Doch wird eher ein Gefangener eingestellt, als daß der Gehülfe, welcher auf pünktliche Arbeitszeit und ordentliche Behandlung sieht, gefragt wird, ob er die Kündigung retour nimmt. Nachdem verschiedene Redner das Vorgehen des Aufsehers in das richtige Licht gestellt hatten, ging folgende Resolution ein: „Die heutige Holzarbeiterversammlung protestiert gegen die vom Gefangenenaufseher Waldmann angebotenen Gefangenen als Werkstättenarbeiter im Schreinerhandwerk." Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch ein Genosse das Bromberger Urteil besprochen hatte, wurde für die Laurahüttener Genossen eine Tellersammlung vorgenommen, welche *M.* 2,10 ergab, die im „Gothaer Volksbl." quittiert werden. Es wurde noch darauf hingewiesen, weiter zu arbeiten und zu agitieren, damit wir bald eine Zahlstelle gründen können. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Holzarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen. — Die reisenden Kollegen bitten wir, uns den Kampf um bessere Verhältnisse zu erleichtern, indem sie Neustadt bei Coburg meiden.

Schmölln. Seit einiger Zeit sind von der Gewerbeinspektion des Altenburger Landes Sprechstunden für die Arbeiterinnen eingeführt. Doch scheinen, nach verschiedenen Berichten in der Parteipresse zu urteilen, dieselben noch nicht der rechten Beachtung gewürdigt zu werden, so daß es nicht unmöglich ist, wenn die Gewerbe-Inspektion ihre Einrichtung wieder aufhebt und eine „Notwendigkeit" hierfür nicht zu erkennen meint. Ueber ein solches Inanspruchnehmen darf man sich aber bei den Arbeiterinnen des Herzogtums nicht wundern, auch wenn sie gut organisiert

wären; denn bisher waren es doch immer die Männer, die bestrebt waren, Mißstände zu beseitigen und die dann mit den von ihnen gesammelten Beschwerden an die richtige Schmiede gingen. Man hätte zweifellos, obwohl die Einführung der Sprechstunden seitens der Verwaltung der Gewerbe-Inspektion nur löblich anzuerkennen ist, besser getan, zunächst einmal in den einzelnen Städten des Herzogtums solche für die männlichen Arbeiter einzuführen. Wir glauben, es wäre nicht eine einzige Klage über Nichtbenutzung der Sprechstunden gekommen und es hätten dann diesen doch später ganz gut noch solche für weibliche Arbeiter folgen resp. errichtet werden können. Hierzu ist die Gewerbe-Inspektion noch zu schwach gewesen. Es sollte uns leid tun, wenn die Gewerbe-Inspektion nun die einmal geschaffene Einrichtung wieder fallen ließe. Ein solches Experiment muß stets erst ausprobiert werden, und es läßt sich da nicht ohne weiteres behaupten, daß die Durchführung am Ende nicht wohl möglich sei. Vielmehr muß konstatiert werden, daß die Frauen eine viel zu große Interesselosigkeit besitzen und im allgemeinen den Wert dieser Einrichtung noch nicht begriffen haben. Daran ist aber am meisten, wie schon erwähnt, die Organisationslosigkeit schuld. Auch bei den Männern gibt es ja noch allzu viele, die Beschwerden nicht führen können — und sich auch nicht getrauen, aus Angst vor dem Fabrikanten. In den meisten Fällen ist die Furcht übertrieben. Aber wenn die Männer noch so zurückstehen, ist es nicht zu verwundern, daß die Frauen in dieser Beziehung auch noch recht sehr blöde sind. Es muß darum Aufgabe der Gewerkschaftskartelle sein, hierin Wandel zu schaffen und Vertrauenspersonen zu ernennen, aus den Reihen der Frauen, die fähig sind, der Assistentin des Fabrikinspektors die Beschwerden und Klagen zu übermitteln und in den Sprechstunden vorstellig zu werden. Die Stadt Altenburg ist damit bereits vorgegangen, nun können die anderen Städte folgen. Damit wird jedenfalls nicht nur in der Organisation ein Fortschritt erzielt, sondern man dürfte auch bald erkennen, daß hier der rechte Ort war, helfend einzugreifen. Die Sprechstunden werden dann so manchen Erfolg bringen und unter den Arbeiterinnen anregend wirken, nicht zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung

Schweikershain. In Nr. 30 der „Holzarb.-Ztg." hatten wir über die in der Stuhl- und Sofagestellfabrik von Krümmer & Sachse bestehenden Mißstände berichtet. Das hat nun diese Herren soweit erregt, daß sie gleich darauf folgendes an die schwarze Tafel schrieben: „Wir geben denjenigen Arbeitern, welche unsere Zustände in der Fabrik in der „Holzarbeiter-Zeitung" bemängelt haben, bekannt, daß es uns sehr lieb wäre, wenn die Betreffenden unsere Fabrik sofort verließen. Mit derartigen Arbeitern wollen wir nichts zu tun haben." Es geht doch hieraus deutlich hervor, daß diese Herren nicht gewillt sind, selbst gesetzlich vorgeschriebene Einrichtungen zu treffen. Am liebsten würden ihnen wohl solche Arbeiter sein, welche sich von Früh bis Abends abrackern, ohne sich um irgend etwas zu bekümmern. Arbeiter, merkt es Euch, laßt Euch nicht zu willenlosen Geschöpfen herabdrücken, sondern schließt Euch dem Deutschen Holzarbeiterverbande an, soweit Ihr noch selbigem fernsteht; denn nur eine straffe Organisation ist im stande, Lohnabzüge zurückzuweisen und herrschende Mißstände zu beseitigen. Endlich muß den Unternehmern gezeigt werden, daß auch den Arbeitern Rechte zustehen.

Wiesbaden. (Parkettbodenleger.) Wir halten es für unsere Pflicht, unsere geehrten Kollegen, besonders die süddeutschen, auf die Firma W. Gail Wwe., Biebrich a. Rh., aufmerksam zu machen. Diese Firma annonciert nämlich hauptsächlich in Mannheim, Karlsruhe, Straßburg, München, Stuttgart und Nürnberg, um Arbeitskräfte heranzuziehen. In der Hoffnung, hier in reichem Maße Arbeit anzutreffen, kommen dann viele Kollegen hierher, um im obigen Eldorado ihr Glück zu versuchen. Die Enttäuschung läßt gewöhnlich nicht lange auf sich warten, denn diese Firma besetzt die Bauten mit so viel Leuten, daß jeder meistens nur einen, manchmal auch zwei Böden zu legen bekommt; daß dadurch stets ein Durcheinander entsteht, kann sich jeder denken. Die Folge davon ist, daß viele Kollegen dieser Firma nach kurzer Zeit wieder den Rücken kehren, und unsere Weltkurstadt ärmer verlassen als sie gekommen sind. Genannte Firma liebt es auch sehr, sich stets eine Anzahl Parkettleger in Reserve zu halten, um dadurch den Kollegen jeden Schundpreis anbieten zu können. Unter anderem muß sich auch jeder Kollege, wenn er Parkett in Asphalt legt, das Brennmaterial (Holzkohlen) selbst stellen. Zu welchen Mißständen ein solches System führt, davon kann jeder hiesige Kollege Zeugnis ablegen. Wir ersuchen daher alle Kollegen, ehe sie auf falsche Annoncen hereinfallen, sich stets an unseren Obmann, Kollegen Becht, Wiesbaden, Westendstr. 13, zu wenden, welcher jedem bereitwilligst Auskunft über die wirklichen Verhältnisse erteilen wird. Unseren Mitgliedern aber möchten wir ans Herz legen, es nicht damit genug sein zu lassen, daß sie auf dem Papier stehen und ihre Beiträge zahlen, sondern daß sie regelmäßig die Versammlungen besuchen und alle Indifferenten zu gewinnen suchen und die Lauen aufrütteln; denn nur durch Einigkeit und geschlossenes Handeln kann etwas Ersprießliches geleistet werden.

Eingesandt.

München, den 30. Juli 1903.

Wie in verschiedenen anderen Branchen, so ist auch in der Wagnerei in München eine kleine Geschäftsbesserung eingetreten. Die Zahl der beschäftigten Gehülfen ist jetzt wieder um ein geringes gestiegen. Vom Jahre 1900 bis 1902 ging die Zahl der Gehülfen am Orte um 40 pZt. zurück, was wohl ähnlich in allen größeren Orten Deutschlands der Fall gewesen sein wird und der Kollege P. B. Bielefeld darf sich daher über den Rückgang der Organisierten nicht groß wundern. Trotzdem kann ich konstatieren, daß die Mitgliederzahl unserer Sektion nicht in dem Maße zurückgegangen ist und mit Ausnahme der Winter-Quartale sich auf der gleichen Höhe gehalten hat, was wohl der unausgesetzten Agitation und den praktischen Einrichtungen in unserer Sektion zu danken ist.

Neu hinzugekommen ist jetzt noch der sogenannte unfreiwillige Agitator, die Scharfmacherei. Den Wechsel in der Zwangsinnungsleitung haben auch wir schon zu spüren bekommen. Wenn auch nicht fest, wie der Münchener sagt, so doch bemerkenswert. Wenn früher der Gesellenausschuß der Innung ein stilles, beschauliches Dasein fristete und jahrelang nicht zu einer Innungsversammlung oder Sitzung zugezogen wurde, so ist das jetzt anders geworden. Als vor einiger Zeit die Mißstände in einer Werkstätte und die ungerechtfertigte Entlassung eines Kollegen in der „Münchener Post" gebührend gebrandmarkt wurden, da fuhr auch schon sofort, gerade wie der preußische Donnerwetterkurs, der neue Innungsvorstand darein und berief den Gesellenausschuß ein. Dem wollte man angst und bange machen; wenn der Artikel nicht zurückgenommen würde, so brächten sie die Gesellen ins Zuchthaus und der Holzarbeiterverband könnte die Kosten gar nicht bezahlen, wenn sie uns verklagten. Aber bis heute besteht der Artikel zu recht, es ist weder eine Klage gegen uns eingereicht, noch einer ins Zuchthaus gekommen, dafür aber hat sich ein anderer eine Blamage geholt. Bedauerlich aber bleibt es, wenn verschiedene Meister durch schlechte Behandlung ihrer Gesellen sich schadlos halten wollen. Vernünftiger wäre es, die Meister würden den Vorschlag der Gesellen akzeptieren und gemeinsam eine Gesundung der mißlichen Branchenverhältnisse anstreben. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte keine günstigen sind, ist Tatsache; so wurde die zehnstündige Arbeitszeit schon in etlichen Werkstätten durchbrochen, und die Löhne werden dadurch heruntergedrückt, daß man lauter junge Leute einstellt, denen man nicht so viel bezahlt. Den Schaden haben aber die Meister selber; es tauchen in allen Ecken die sogenannten Winkelkrauter auf, die eine unerhörte Schmutzkonkurrenz treiben.

Für uns wird es nun eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, eine geregelte Arbeitszeit herbeizuführen und bessere Löhne zu erstreben. Besonders in den Luxuswagenfabriken sind die Lohnverhältnisse ziemlich verbesserungsbedürftig. Es liegt nun an den Kollegen, dies im Auge zu behalten, unablässig für die Verbreitung und Vergrößerung des Verbandes zu sorgen und fest und treu, so wie bisher, zusammenzuhalten. Ein wesentlicher Beitrag zur Agitation und Verbreitung unserer Ideen innerhalb unserer Branche wird es sein, wenn ich kurz die Art der Agitation, so wie wir sie in München führen, schildere; daß diese eine nutzbringende ist, hat uns die Erfahrung gelehrt. Der Kollege P. B. Bielefeld jammert in Nr. 29 der „Holzarb.-Ztg." über den Rückgang der organisierten Wagner. Ich sage, würde in den größeren Städten, in welchen die organisierten Wagner in den meisten Fällen sich befinden, die Agitation rationell betrieben werden, so könnte ein so großer Rückgang nicht eingetreten sein. Wenn der Kollege Henke-Berlin für Werkstattdelegierte eintritt, so halte ich dies, wie die Sektionsbildung, als etwas Selbstverständliches und ich würde es bedauern, wenn in einer Stadt noch eine Ortsverwaltung wäre, die gegen Bildung einer Branchensektion wäre. Aber als Allheilmittel darf dieses auch nicht betrachtet werden. Es muß nun in der Sektion etwas geschaffen werden, das die Kollegen anzieht und festhält. Richtig ist, daß die meisten Wagner vom Lande kommen und es schwer hält, diese für uns zu gewinnen. Bringt man auch die Leute 'mal in eine öffentliche Versammlung, in welcher ein Referent in vorzüglicher Weise von der Verelendung der Massen durch das industrielle Kapital spricht, so haben sie meist kein Verständnis hierfür und interessiert sie auch gar nicht. Kann man aber den Leuten etwas bieten, von dem sie einen greifbaren Vorteil haben, so sind sie auch leicht zu gewinnen und ist dann den Leuten nach und nach die nötige Aufklärung über die Arbeiterbewegung beizubringen.

So ist der Arbeitsnachweis unserer Sektion als eine gute Einrichtung zu bezeichnen und halten wir ihn nur dadurch aufrecht, daß wir das Umschauen streng verpönen. Durch eine Bestimmung, die dem Organisierten einen bestimmten Vorteil vor dem Unorganisierten im Arbeitsnachweis bietet, läßt sich so mancher aufnehmen, um ebenfalls in den Genuß dieser Begünstigung treten zu können. Schon viele haben sich dadurch bei den heutigen unsicheren Arbeitsverhältnissen von dem Wert der Organisation überzeugen lassen.

Eine bekannte Tatsache ist, daß viele junge Leute bloß deshalb in die Stadt gehen, um etwas zu lernen, warum? Weil der Meister ihnen selbst hat nicht viel beibringen können, trotzdem besonders die kleineren Krauter schimpfen, daß es heute keine Arbeiter mehr gibt, die etwas können. Wohl oder übel verbleibt daher uns die Aufgabe, die nötigen Fachkenntnisse uns selbst anzueignen und ist meines Erachtens die Organisation der Faktor (siehe auch § 2 unseres Verbandsstatuts), dieses in die Wege zu leiten. Daß dann die Organisation, wenn solches richtig durchgeführt wird, ein Anziehungspunkt wird, das lehren uns die Erfahrungen, die wir hier in München mit unserem Fachkursus gemacht haben. Eine große Anzahl von Kollegen ist hierdurch organisiert und zu tüchtigen Verbandsmitgliedern herangebildet worden. Die Errichtung eines Fachkursus kann mit ganz geringen Mitteln durchgeführt werden; ein tüchtiger Kollege, der ihn leitet, selbstverständlich nicht ohne Entschädigung, ist auch überall zu finden.

Nach den guten Erfahrungen hier am Orte ist dieses überall zu empfehlen. Ebenfalls ist ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß der gesellige Verkehr gefördert wird. Weil die größere Anzahl unserer Kollegen ledig ist, muß denselben Gelegenheit gegeben werden, sich Sonn- oder Feiertags oder Abends an einem Orte treffen zu können, wo sie sich auch wohl fühlen; es darf daher die Herberge oder das Verkehrslokal, wo es möglich ist, nicht in die nächste beste Kneipe verlegt werden. Auch dadurch ist schon mancher Fremde angezogen worden. Noch eins, dort, wo man mit der mündlichen Agitation nicht hinkommt, muß versucht werden, dieses auf brieflichem Wege zu machen. Jetzt, bei unseren Unterstützungseinrichtungen, kann auf manchen eingewirkt werden. Adressen sind ja leicht zu bekommen, die Hauptsache ist ein eifriger Sektionsleiter, der dieses ausführt, ohne zu ermüden. Ebenfalls kann mancher Kollege, der etwas säumig im Beitrag zahlen ist, dadurch gehalten werden, wenn er rechtzeitig gemahnt wird, seine Beiträge zu bezahlen, was er vielleicht im anderen Falle verbummelt hätte.

Wenn dies alles von den einzelnen Zahlstellen und Sektionsleitungen richtig erkannt und durchgeführt wird, so kann der Erfolg für uns Wagner nicht ausbleiben, allenfalls die Zahl von 1900 bald wieder erreicht, wenn nicht um ein erkleckliches vermehrt werden. Zur Agitation unter den Wagnern auf dem Lande haben die Gauvorstände schon manches getan, aber vieles ist noch auszuführen. Hauptsächlich müssen in den kleinen Zahlstellen, wo meistens bloß die Schreiner dominieren, dieselben daran erinnert werden, daß die Wagner auch zu den Holzarbeitern gehören, verschiedentlich wird dieses vergessen. Sowie auch von den Referenten, die auch fast blos von den Schreinern gestellt werden, ein Augenmerk darauf gerichtet werden muß, wenn sie aufs Land kommen, nicht bloß von den Verhältnissen in den Schreinereien zu sprechen, sondern auch sich mit denen in der Wagnerei zu befassen. Denn dort, wo es Schreiner gibt, sind auch Wagner; würde in dieser Art nicht manches vernachlässigt werden, so könnte ein größerer Prozentsatz der Wagner auf dem Lande organisiert sein. Hoffentlich werden sich dieses verschiedene Gauvorstände zu Gemüte führen und die Agitation nach der Seite hin vertiefen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

A. Lachenmeyer.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zum Streik in der Möbelfabrik von Hahne & Witte in Ottensen ist zu berichten, daß bis auf einige die Streikenden in anderen Betrieben untergebracht worden sind. Die Firma sucht durch Deckadressen ihres Kutschers Lange, Brunnenstraße 70, sowie des Bildhauers Reichert, Friedenstraße 12, fortgesetzt noch Arbeitskräfte; sie muß doch mit den Arbeitern, die jetzt als Streikbrecher dort arbeiten, nicht zufrieden sein. Einer der Streikbrecher hatte einem anderen „Kollegen" die Uhr in der Werkstatt gestohlen, weshalb ihm an Ort und Stelle eine Tracht Prügel verabreicht worden ist und er danach zum Tempel hinausgejagt wurde.

Zur Lohnbewegung in Wilhelmshaven. In scharfem Kontrast zu den Lohnkämpfen der Tischler in Cassel, Plauen usw. steht die in aller Stille verlaufene Lohnbewegung der Kollegen von Wilhelmshaven und Umgegend. Sowohl aus dieser, wie aus den Lohnbewegungen der übrigen Berufe am hiesigen Orte, die fast ausnahmslos eine friedliche Beilegung der bestehenden Differenzen zeitigten, kann die Tatsache konstatiert werden, daß überall dort, wo das Unternehmertum mit einer taktfesten, geschlossenen Organisation zu rechnen hat, wo die Organisation in früheren Jahren sich Anerkennung verschafft hat durch einmütiges, standhaftes Zusammenstehen in dem Kampfe um die bescheidensten Forderungen, sich mehr und mehr der Weg ebnet zu gegenseitig friedlicher Verhandlung und Einigung. Während in den Jahren 1895 und 1897 die Kollegen Wilhelmshavens um die bescheidensten Forderungen wochenlange Kämpfe führen mußten, während noch vor zwei Jahren die Arbeitgeber der Maurer jede Verhandlung mit der Organisation der Arbeitnehmer schroff zurückwiesen, ist heute von denselben Arbeitgebern die Arbeiterorganisation als gleichberechtigter Faktor gewürdigt worden.

Nachdem am 20. Juni vor dem Wilhelmshavener Gewerbegericht durch eine Tarifvereinbarung zwischen den Bauunternehmern einerseits, den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter anderseits, die Differenzen im Wilhelmshavener Baugewerbe auf friedlichem Wege beigelegt, unterbreiteten die dortigen Kollegen den Tischlermeistern folgende Forderungen: 1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. 2. Erhöhung des Minimallohnes auf 42 ₰ und 5 ₰ Aufschlag auf alle bisher gezahlten Löhne. 3. Abschaffung der Ueberstunden; wo solche in ganz besonders dringenden Fällen notwendig erscheinen, tritt Zahlung eines Aufschlags von 15 ₰ pro Stunde ein.

In der auf den 3. Juli anberaumten Vorbesprechung machten die Unternehmer den Vertretern der Arbeitnehmer den Vorschlag, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. In weiteren Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitgeber und der Lohnkommission wurde eine Basis geschaffen, auf die vor dem Gewerbegericht Fuß gefaßt werden konnte. Am 21. Juli trat dasselbe als Einigungsamt zusammen, und ist nunmehr zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern folgende Tarifvereinbarung zu stande gekommen: 1. Die neunstündige Arbeitszeit wird am 1. Juli 1904 eingeführt. 2. Der Minimallohn beträgt vom 1. September 1903 ab 40 ₰, vom 1. Mai 1904 ab 43 ₰ für die Arbeitsstunde. Zu diesen angegebenen Zeiten werden sämtliche andere Löhne um je 3 ₰ erhöht, und zwar erstmalig am 1. September 1903, falls nicht vom 1. Mai 1903 ab bereits eine Lohnerhöhung oder ein Teil derselben eingetreten ist. Im letzteren Falle wird die Teilsumme um 3 ₰ erhöht. 3. Ueberstunden — d. h. vom 1. September 1903 ab über 57, vom 1. Juli 1904 ab über 54 Arbeitsstunden in der Woche — werden mit einem Aufschlag von 15 ₰ bezahlt. Die Zahlung der Ueberstunden tritt erst dann ein, wenn 57 bezw. 54 Stunden in der Woche geleistet sind und die Arbeit während der obengenannten Wochenarbeitszeit nicht unnötigerweise versäumt ist. Der § 616 des B. G.-B. findet auf etwaige Versäumnisse sinngemäße Anwendung. 4. Die Bildung eines paritätischen Arbeitsnachweises wird empfohlen. 5. Falls dieser Vertrag am 1. Oktober, erstmalig am 1. Oktober 1905, nicht gekündigt ist, so läuft er immer vom nächsten April ab ein Jahr weiter.

Vorstehender Schiedsspruch wurde von den Kollegen in der Versammlung vom 27. Juli akzeptiert.

Den streikenden Kollegen in Cassel und Plauen wurde im weiteren Verlauf die wärmste Sympathie ausgesprochen und genannten Zahlstellen je M. 200 vom Lokalstreikfonds überwiesen. (Bravo!)

Zum Streik bei der Firma B. Grosz in Leipzig. Schon vor zwei Monaten hatten die in der Kunstanstalt B. Grosz, Aktiengesellschaft Leipzig, Eilenburgerstraße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre minimalen Forderungen, von denen die halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden als die Hauptforderung zu bezeichnen ist, eingereicht; es scheiterten aber die damaligen Verhandlungen an dem schroffen Widerstand der Firmenleitung. Schon zu der genannten Zeit wollten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit behufs Durchführung ihrer Forderungen niederlegen und konnten nur mit Mühe von diesem Vorhaben durch die Organisationsleitungen zurückgehalten werden, indem man ihnen klar machte, daß erst die dort Beschäftigten ohne Ausnahme ihren Organisationen angeschlossen werden müßten, um ein einheitliches, erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen. Zum Herbst sollten dann die Forderungen von neuem der Firma präsentiert werden. Inzwischen erfolgte der allseitige Anschluß an die betreffenden Organisationen.

Wie ein Blitz aus heiterm Himmel wirkte eine seitens der Firmenleitung inszenierte Provokation gegen die dort beschäftigten Holzarbeiter. Die Holzarbeiter sind zur Arbeitsniederlegung geradezu gezwungen worden; die Buchbinder und Glaser, von denen man forderte, daß sie die Arbeit der vorher Genannten verrichten sollten, mußten auch gehen. Diese fortgesetzten Provokationen führten dazu, daß die gesamte Arbeiterschaft, anstatt im Herbst, schon jetzt ihre bescheidenen Forderungen einreichte. Verhandlungen mit der Firmenleitung zeitigten ein negatives Resultat, weshalb

am Freitag, den 31. Juli, beschlossen wurde, die Arbeit niederzulegen.

193 Arbeiter und Arbeiterinnen legten einmütig die Arbeit nieder. Nur ein paar Lehrburschen und einige wenige Hofarbeiter blieben. Eine am Sonnabend Vormittag stattgehabte Verhandlung hatte ebenfalls ein negatives Resultat; bei dieser Verhandlung versprach Herr Grosz einem der Beteiligten die Summe von *M* 100, falls es sich bewahrheite, daß, wie unserseits behauptet, die Zwischenmeister auch nur ein einziges Mal den Arbeitern statt 6 Arbeitstage nur 5 Arbeitstage ins Lohnbuch geschrieben haben, um den verdienten Akkordlohn höher erscheinen zu lassen. Ueber die prompte Abwicklung der Auszahlung des am gleichen Tage fälligen Lohnes der ausständigen Arbeiter wurde eine Vereinbarung getroffen und ging diese dann auch glatt von statten; doch verhinderte man durch Schließen der Säle, daß die Ausständigen ihre Arbeitssachen 2c. an sich nehmen konnten.

Ein vorzüglicher Geist beseelt die Ausständigen; ihr Verhalten ist musterhaft; sie gehören mit ganz wenigen Ausnahmen ihren Organisationen an. Das Vorgehen ist von allen beteiligten Organisationen sanktioniert und sind daher alle Vorbedingungen für einen günstigen Ausgang des Streiks vorhanden.

Für Holzarbeiter, Buchbinder, Glaser, Vergolder, Steindrucker, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Fabrik- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen ist Zuzug streng zu vermeiden.

Zum Streik in Weißensee. Der geistige Leiter der Fachzeitung, Herr Ludwig Klebinder, bringt in der Nr. 30 (26. Juli 1903) ein Rundschreiben des Vereins der Tischlermeister Weißensees, welches eher alles andere, als nur annähernd die Wahrheit über die Sperre von Kraus erhält. Wir standen immer auf dem Standpunkt, unsere Hand zur Beseitigung der von den Meistern so verpönten Schundkonkurrenz zu geben und gerade unser Ort ist einer von denjenigen, welche die billigste Ware nach Berlin bringen und demgemäß auf die Preise der Berliner Tischlermeister drücken. Nun ist der ortsübliche Preis, z. B. für vier echte Pilaster-Kleiderspinden, *M.* 57 und alle Maschinenarbeit frei. Herr Kraus kommt nun her und bietet seinen Leuten einfach *M.* 48 und freie Maschinenarbeit, also pro Spinde *M.* 2,25 weniger. Dies wollten sich nun die Kollegen nicht gefallen lassen und beauftragten die Ortsverwaltung, mit Herrn Kraus zu verhandeln. An dem Tage, an welchem die Beauftragten verhandelten, erklärten die Kollegen der Werkstatt dem Unternehmer vor der Verhandlung, daß sie alle mit dem Möbelpolier Max Lewandowski nicht arbeiten können, weil der Herr einer von denjenigen ist, welche stets ihren Kollegen in den Rücken fallen und Arbeitswilligendienste verrichten. Der Unternehmer einigte sich mit den Beauftragten dahin, am Dienstag nochmals mit den Tarifen anderer Werkstätten vorzusprechen, aber ohne daß von der Entlassung des betr. Lewandowski von Seiten der Beauftragten irgend wie etwas gesprochen oder dieselbe überhaupt verlangt wurde. Dienstag erklärte der Unternehmer, er lasse sich auf nichts mehr ein, sein Verein hätte bereits eine Versammlung deshalb anberaumt und es brauche nicht mehr verhandelt zu werden; denn von jetzt ab stelle er nur noch Leute ein, welche nicht dem Holzarbeiterverbande angehören. Die Kollegen des Betriebes machten nun ihren ihnen übertragenen Akkord fertig und verließen den Betrieb über welchen nun die Sperre wegen Lohndifferenzen verhängt ist. Man sollte doch nun meinen, daß hier die Firma Rahardt & Co. zeigen würde, daß es ihre ehrliche Absicht ist, die Schundkonkurrenz zu beseitigen, aber weit gefehlt. Das Rundschreiben spricht von einem unverschämten Verlangen des Holzarbeiterverbandes und von einer Forderung der Gesellen, einen Arbeiter der nicht ihrer Organisation angehört zu entlassen, aber von einer Lohnreduktion von pro Spinde *M.* 2,25 wird kein Wort erwähnt, es wäre für die Fachzeitung besser gewesen, wenn sie mal, wie dieses schon bei anderen Anlässen der Fall war, Herrn Kraus bei allen Möbelhändlern und Tischlermeistern empfohlen hätte als alle diejenigen Gesellen zu veröffentlichen, welche bei Kraus sich diesen Abzug nicht gefallen lassen wollten. Es wird eben immer nach einer Schablone gearbeitet, der Holzarbeiterverband stört das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, er stiftet Unfrieden, vernichtet Existenzen, Willkür desselben usw. Das sind die Schlagwörter, mit welchen die Firma Rahardt & Co. ins Feld zieht, um den letzten Tischlermeister zur Organisation zu bewegen.

Kollegen Deutschlands, haltet den Zuzug nach Weißensee fern, denn die Unternehmer führen hier noch andere Sachen im Schilde. Man versucht, von auswärts Kollegen nach Weißensee zu locken unter dem Versprechen von *M.* 36 Wochenverdienst, aber es hat leider schon ein ganz Teil Kollegen den Staub von den Pantoffeln geschüttelt, weil die Verhältnisse doch nicht so sind, wie sie von den Unternehmern versprochen werden.

Der Zuzug nach Schwerin ist freigegeben, da die Tischler den Streik unter folgenden Bedingungen beendet haben: Die Streikkommission verpflichtet sich, in der nächsten Nummer die bis zum Ausbruch des Streiks bestandenen Löhne laut beiderseitiger Statistik zu veröffentlichen. Die Meister dagegen nahmen die sogenannten schwarzen Listen zurück, indem dieses veröffentlicht werden wird. Maßregelungen von Seiten der Meister sollen nicht stattfinden und, soweit noch von den Streikenden einige außer Arbeit sind, diese, wenn irgend möglich, sofort in Arbeit zu stellen. Erreicht haben wir hier, trotz des festen Zusammenhaltens der Streikenden, nichts. Bis zum Ausbruch des Streiks war der Durchschnittslohn 33⅓ ₰ pro Stunde. An Löhnen wurden gezahlt bis zur Arbeitseinstellung pro Stunde: 32 Gesellen 28—30 ₰, 42 Gesellen 31—32 ₰, 39 Gesellen 33—33⅓ ₰, 17 Gesellen 35 ₰, 2 Gesellen 36½ ₰, 3 Gesellen 40 ₰. Unsere Forderung bestand in Einführung eines Minimalstundenlohnes von 38 ₰ und zehnstündiger Arbeitszeit, für Sonntags- und Ueberstundenarbeit 25 pZt. und bei Akkord 15 pZt. Aufschlag. Diejenigen, welche vorstehenden Minimallohn und darüber erhielten, 5 pZt. Aufschlag. Anerkennung unseres Arbeitsnachweises. Vorstehende Löhne, welche bis zur Arbeitseinstellung gezahlt, bestehen fort bei zehnstündiger Arbeitszeit. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 pZt. Aufschlag bezahlt. Daß wir ohne Erfolg unserer Forderungen den Streik beendet haben, ist hauptsächlich denjenigen Kollegen zuzuschreiben, die alle Hebel mit einsetzten, die Forderung einzureichen, aber gleich bei der Arbeitsniederlegung als Streikbrecher fungierten. Von außerhalb ist, trotzdem eine große Anzahl Kollegen und Arbeitwilliger unseren Ort überliefen, kein Streikbrecher zu konstatieren, da die Streikenden alle Tore und den Bahnhof besetzt hatten. In Betracht kamen dann noch die Kleinmeister, welche jetzt auch Arbeit genügend verrichteten und zur Aushülfe bei den am größten im Druck befindlichen Meistern arbeiteten. Der Streik wurde am 16. Mai proklamiert und stellten 87 Kollegen die Arbeit ein, welche, nachdem alle Ledigen abgereist sind, bis heute, den 1. August, von den hier noch ansässigen verheirateten Kollegen, 32 an der Zahl, fortgeführt wurde. Von den letzteren ist nicht einer der guten Sache untreu geworden. Die jetzt geltenden, von seiten der Innung sowie der Lohnkommission unterzeichneten Bedingungen sind auf Veranlassung unseres Gauvorstehers festgelegt. Wir konnten, trotzdem alles versucht wurde, keine Verhandlung mit den Meistern erzielen. In der dritten Woche gingen wir an das Gewerbegericht, auch dieses wurde von der Innung einstimmig abgelehnt. Die Innung erkannte, da alle Gesellen, welche auf Kündigung standen, gekündigt haben, unsere Arbeitseinstellung nicht als Streik an. Auf den schwarzen Listen, welche gleich zu Anfang versandt wurden, werden die auswärtigen Meister und Innungen gebeten, den ausgebrochenen Streik dadurch zu hemmen, daß sie die hier am Streik beteiligten Kollegen während der Lohndifferenzen nicht einstellen sollten. Es sind jetzt alle eingestellt worden. Die Meister haben in den hier erscheinenden Blättern bekannt gemacht, daß der Streik beendet ist, und ersucht der Vorstand der Innung alle Arbeitgeber, welche Gesellen gebrauchen, die noch außer Arbeit befindlichen Kollegen einzustellen.

Der Streik in Neuforg und in Mühldorf a. Inn ist für beendet erklärt worden, da zu viele Streikbrecher vorhanden waren und es zwecklos erschien, den Kampf weiterzuführen. Zugleich wird über die dortigen Firmen die Sperre verhängt. Mögen die Meister mit den Herren Streikbrechern glücklich werden! Vielleicht gehen beiden Teilen noch mal die Augen auf. Hoffentlich ist es dann noch nicht zu spät.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Den Korbmachern in Geesthacht ist auf Pflaumenkörbe eine Zulage von 2 ₰ bewilligt worden. Am Montag, den 27. d. M., wurde sämtlichen Arbeitgebern die Forderung von 2 ₰ unterbreitet und auch anstandslos bewilligt. Einschließlich des Erfolges im April, wo ebenfalls 2 ₰ erzielt wurden, beträgt die in diesem Jahre bis jetzt erzielte Lohnerhöhung 4 ₰ oder 33 pZt.

Unlauterer Wettbewerb. Zu Ende des vorigen Jahres hatte die Möbelgeschäftsinhaberin F. Krimper in München, Müllerstraße wohnhaft, teils in der Pfandkammer, teils aus der Konkursmasse der vormaligen Firma Gebrüder Danziger stammende Möbel im Gesamtpreise von ungefähr *M* 2000 ersteigert. Die Krimper ließ hierauf in verschiedenen Münchener Zeitungen sowie mittels anderer Reklamen bekannt machen, daß sie in der Lage sei, ihr aus einer Konkursmasse stammendes gesamtes Möbellager zu einem konkurrenzlos billigen Preise abzugeben. In der Tat hat jedoch dieser angebliche Konkursausverkauf nur zum geringsten Teile aus solchen Möbeln bestanden, es sind vielmehr fortwährend Möbel anderweitig nachgeschafft und mit den „Konkursmöbeln" gemeinsam als solche verkauft worden, und endlich hat sich dieser Konkursausverkauf auf mehrere Monate hinaus ausgedehnt, sowie die Preise den gemachten Notirungen in keiner Weise entsprochen haben.

Der Verein der vereinigten Möbelhändler Münchens stellte daher gegen die Krimper Klage wegen unlauteren Wettbewerbs und beantragte Erlassung einer einstweiligen Verfügung, inhaltlich welcher der Beklagten bei Vermeidung einer entsprechenden Geldstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall untersagt werden möge, in Zeitungen oder anderen öffentlichen Reklamen die unwahre Angabe zu machen, daß die in ihrem Geschäfte feilgebotenen Möbel aus einer Konkursmasse bezw. aus der Pfandkammer herrühren, daher bedeutend billiger als anderswo abgegeben werden können.

Nach mehrfachen Beweiserhebungs- und Verhandlungsterminen fand am 27. Juli Verhandlung statt mit dem Ergebnis, daß das Gericht die Behauptungen der Klagepartei als erwiesen erklärte; die Reklamen der Krimper bezweckten nichts anderes als eine arglistige Täuschung des Publikums. Es liege ein Vergehen gegen die Bestimmungen des unlauteren Wettbewerbs vor und verkündete das Gericht Endurteil, wobei die von der Beklagten zu entrichtende Geldstrafe auf *M* 100 für jeden Zuwiderhandlungsfall festgesetzt wurde.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Baugewerbe in Hannover ist durch einen Vergleich beendet. Die Arbeitgeber hatten vor einer Woche die scharfmacherische Leitung im Arbeitgeberverbande plötzlich teilweise beseitigt und an Stelle der Entfernten versöhnlichere Elemente gesetzt, die sofort die Verbindung bei den Arbeitern suchten, um den Kampf so schnell wie möglich zu Ende zu führen. Die Arbeitgeber hatten sich davon überzeugt, daß nicht einmal momentan, geschweige denn auf die Dauer an eine Niederkämpfung der Arbeiter zu denken ist. Diese bessere Einsicht hat gesiegt. Noch vor etwa 10 Tagen erklärten die Arbeitgeber, eine Verkürzung der Arbeitszeit nie bewilligen zu wollen, das sei eine sozialdemokratische Forderung, und nun bieten die Scharfmacher die Verkürzung der Arbeitszeit selbst an. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf folgenden Vergleich:

Die Arbeiter nehmen die Arbeit am Montag zu den bisherigen Bedingungen: 10stündige Arbeitszeit, 50 ₰ Stundenlohn für Maurer und Zimmerer und 34 bis 40 ₰ für Bauarbeiter, wieder auf, vom 1. September dieses Jahres beträgt der Lohn unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit bis zum 30. April 1905 52 bezw. 40 ₰ und vom 1. Mai 1905 ab wird bei 9½stündiger Arbeitszeit ein Lohn von 55 ₰ für Maurer und Zimmerer und 43 ₰ für Bauarbeiter bezahlt. Der Vertrag dauert bis zum 1. April 1907.

Die Arbeiter haben in ihren Versammlungen am Freitag Abend diesen Vergleichen zugestimmt und am Sonnabend Mittag beschloß der Arbeitgeberverband mit 132 gegen 25 Stimmen, den Vergleich, den sein Vorstand mit den Arbeitern verabredet, anzunehmen. Nachmittags 6 Uhr wurden auf dem Baugewerkenamte die Friedenspräliminarien unterzeichnet und am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Dieser Abschluß bedeutet für die Arbeiter einen unzweifelhaften Sieg. In Hannover ist ein solcher Riesenkampf noch nicht ausgefochten; die Disziplin der Organisation hat sich glänzend bewährt. Den acht Wochen andauernden Kampf hatten die Scharfmacher von langer Hand vorbereitet; in vielen Konferenzen und Versammlungen hatte man den Kriegsplan festgelegt.

Die ersten Versuche, den Kampf beizulegen, machte der kürzlich aus Hildesheim nach hier versetzte Regierungspräsident von Philippsborn. Es ist eine Ironie, daß gerade Herr von Philippsborn die Einigungsverhandlungen versuchte, derselbe Mann, der als Beamter im Ministerium die Zuchthausvorlage ausgearbeitet hatte. Ja noch mehr, der Verfasser der Zuchthausvorlage hatte sogar vor, in einer Versammlung der Ausgesperrten zu erscheinen, um diese Versammlung zu bewegen, seine Vorschläge anzunehmen. So ändern sich die Zeiten!

In der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres der Verkehr etwas gehoben. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1902 nur 26 991 Uebernachtungen stattfanden, sind diesmal 30 139 zu verzeichnen. Trotzdem sind noch eine ganze Anzahl Betten frei geblieben und zwar 5337 gegen 8485 im selben Zeitraum des vorigen Jahres. Auf die einzelnen Bettklassen verteilen sich die besetzten und leergebliebenen Betten folgendermaßen: 1. Betten à 40 ₰ (11 Betten im Schlafsaal) besetzt 16 435, leergeblieben 217; 2. Betten à 50 ₰ (6 im Zimmer), besetzt 6056, leergeblieben 3718; 3. Betten à 60 ₰ (4 im Zimmer), besetzt 4138, leergeblieben 206; 4. Betten à 75 ₰ (2 in Zimmern mit besserer Ausstattung), besetzt 2986, leergeblieben 996; 5. Zimmer mit Bett und Chaiselongue à *M* 1,50, besetzt 524, leergeblieben 200. Die Gesamtzahl der Uebernachtungen in den einzelnen Monaten betrug: Januar 4596, Februar 4516, März 5640, April 5136, Mai 5006, Juni 5245.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß sich die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses dadurch auszeichnet, daß jeder Zugereiste, auch bei den billigsten Betten, reine Bettwäsche erhält. Aus diesem Grunde kann auch das Gewerkschaftshaus nicht dieselben billigen Preise stellen wie einzelne andere Herbergen, in denen man möglicherweise nur 25 ₰ fürs Uebernachten zu zahlen hat, dafür aber auch in Bettwäsche hinein muß, die vielleicht schon von 20 oder 30 anderen Personen benutzt wurde. Auch die übrigen Einrichtungen der Herberge des Gewerkschaftshauses: hohe luftige Schlafräume mit Zentralheizung und elektrischem Licht, Badeanstalt (Brausebad nebst Seife und Handtuch für 5 ₰), Lesesaal mit zahlreichen Zeitungen und Büchern, unentgeltliche Desinfektion usw. erzeugen Kosten, die anderen Herbergen unbekannt sind. Dazu werden die anderswo üblichen Gebühren für Gepäckbewahrung und Benutzung der Stiefelwichsgelegenheit nicht erhoben. Man sollte daher annehmen, daß vor allem die in Berlin zureisenden Gewerkschaftsmitglieder nur im Gewerkschaftshause übernachten und nicht, wie es aus übel angebrachten Sparsamkeitsgründen vielfach geschieht, in der christlichen Herberge zur Heimat, der nur allzu bekannten „Oranienbude". Auch möchten wir betonen, daß die Zimmer mit zwei Betten à 75 ₰ und die Einzelzimmer à *M* 1,50 für solche Reisende geeignet sind, die als Delegierte, Touristen 2c. nach Berlin kommen. Von sämtlichen Fernbahnhöfen kann man mit der Straßenbahn für 10 ₰ in die unmittelbare Nähe des Gewerkschaftshauses gelangen.

Literarisches.

Von **„Die illustrierte Welt der Erfindungen"**, erscheinend im Verlag von Ernst Wiest Nachf., G. m. b. H. in Leipzig, liegen uns die Hefte 106 bis 115 vor. Jedes Heft wird für den billigen Preis von 10 ₰ abgegeben. In Anbetracht des reichhaltigen Inhalts ist der Preis ein sehr niedriger, und es wäre daher zu wünschen, wenn das ausgezeichnete Werk, das insgesamt sechs Bände à 45 Hefte umfaßt, die weiteste Verbreitung fände. Uns ist kein Werk bekannt, das so billig und, was die Hauptsache ist, so populär, so allgemein verständlich geschrieben ist, als dies von Herrn F. G. Vogt unter Mitwirkung namhafter Fachmänner und Wissenschaftler herausgegebene. Das Werk ist, was es sein soll: eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige; eine Schilderung der heutigen modernen Technik und der Großindustrie, sowie des heutigen Weltverkehrs. Wir nahmen schon öfter Gelegenheit, auf den vorzüglichen Inhalt und den großen Wert des Werkes für Laien und besonders für Fachleute hinzuweisen und wir können auch heute wieder sagen, daß die Verlagsbuchhandlung von Ernst Wiest mit der Herausgabe dieses Werkes einem längst gefühlten Bedürfnis, den Geist der Zeit verstehen zu lernen und mit ihm Schritt halten zu können, abgeholfen hat. Möge das vorzügliche Werk — wir wiederholen — die weiteste Verbreitung finden und Gemeingut aller Volkskreise werden.

Briefkasten.

* Welche Holzrahmenfabrik liefert Lawn-Tennis-Schläger?

Bernau. Ihre Einsendung trägt weder Stempel noch Unterschrift, weshalb wir nicht in der Lage sind, dieselbe aufzunehmen. Warum schicken Sie uns nicht einmal eines von den erwähnten Lohnbüchern?

Weinheim, W. Kehlleisten jeder Art liefert R. u. A. Poller, Berlin O, Königsbergerstr. 26/27, sowie G. W. Metke, Berlin NO, Pallisadenstr. 24.

Kiel, H. G. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an Herrn J. Krämer, Leipzig, Weststr. 93.

Neunkirchen, K. M. Wenden Sie sich wegen eines Auslandspasses an die dortige Polizeibehörde.

Hamburg, E. V. W. ad 1. In Oesterreich, speziell in Wien und in Danzig, ad 2. Im Hamburger Adreßbuch stehen mehrere Firmen, die Bernstein verarbeiten.

Bielefeld, A. F. 60 ₰. Gruß!

Versammlungs-Anzeiger.

Barmen. Am Samstag, den 15. August, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Elberfeld. Am Montag, den 10. August, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus", Hochstr. 84.

Görlitz. Am Sonnabend, den 15. August, Abds. 8 Uhr, im „Belvedere". Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gartenfest. 2. Statistik. 3. Stellungnahme zu den Maßregelungen wegen des Kontrollbuches. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht der Kollegen, zu erscheinen.

Nienburg. Sonnabend, den 8. August, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Henkel, Hinterestraße.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Coburg. Herberge und Verkehrslokal vom August ab in der Restauration „**Zur Himmelsleiter**", Leopoldstraße.

Darmstadt. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei **A. Ettling**, Liebfrauenstr. 37. Umschauen verboten.

Garmisch-Partenkirchen. Bevollmächt. **F. Lankes**, Kassierer **Seb. Hupfauer**, beide Viktoriastr. 124a. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung aus Mittags von 11 bis 12 Uhr im „**Gasthaus zum Rassn**", Partenkirchen, und Abends von 6 bis 7 Uhr in der Wohnung.

Olvesloe. Der Arbeitsnachweis befindet sich Segebergerstraße 22. Das Umschauen ist verboten. **Die Ortsverwaltung.**

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, **Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.**

Der

Zentral-Arbeitsnachweis

der

Holzarbeiter aller Branchen

wie **Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher,** auch für **Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Rahmenmacher, Perlmutterarbeiter** und **Kammmacher** befindet sich

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Aufforderung.

Der Polierer **Heinrich Reuling** aus Hanau (Buch-Nr. 38 095) wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Zahlstelle gegenüber nachzukommen, im anderen Falle wir sein Verbandsbuch an die Hauptverwaltung abschicken.

Die Ortsverwaltung **Bietigheim i. Württbg.**
Karl Kreher, Bevollm., Löchgauerstr. 468.

Mitgliedsbuch gefunden **Nr. 152 157,** gehörig Aug. Walter, Tischler, geb. zu Zastrow, eingetr. in Kolmar i. Posen. Abzufordern beim Kassierer F. Schulz, **Driesen,** Anspacherstr. 6c.

Die Tischler **Wilh. Pöhls** aus Wolfenbüttel (Buch-Nr. 106 476) und **Ernst Köhler** aus Drispenstedt (Buch-Nr. 111 786) werden hiermit aufgefordert, die vom unterzeichneten Kassierer entliehenen Gelder baldmöglichst einzusenden. Carl Steinbrecher,
Kassierer der Zahlstelle **Clausthal,** Zellbach 101.

Schweizer Holzarbeiterverband (Sektion Zürich).

Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Verkehrslokal nicht mehr in „Stadt München" befindet. Die Reiseunterstützung wird im **Restaurant „Eintracht" Neumarkt 5,** dem neuen Verkehrslokal, ausbezahlt. Logis nehmen die Kollegen beim Genossen **Müller, Hotel „Zur Stüssihofstatt".** Für organisierte Holzarbeiter pro Bett 60 ₰. **Der Vorstand.**

Kollegen **Alwin Hartlich** und **Otto Nordroth,** wo steckt Ihr? Um Eure Adresse bittet Kollege **Otto Bader,** Schreiner, **Gebweiler i. Els.,** Frühofgasse 4.

Ein tüchtiger **Stuhl- und Sofabauer,** welcher nach jeder Zeichnung arbeitet, sucht dauernde Stellung. Off. u. **A. B. 100** a. d. Exp. d. Bl.

Gesucht

einige **Tischler,** welche schon auf

Setzkästen

gearbeitet haben, gegen guten Lohn. Verheirateten Umzugsvergütung. Angebote unter **L. 63** an die Exped. d. Ztg.

Tüchtige, erfahrene Schreiner

sowie einige **Stuhlmacher,** welche nach Zeichnung arbeiten können, per sofort gesucht.
Hofmöbelfabrik Heinr. Pallenberg,
Cöln, Am alten Ufer 41.

Tüchtige Buffettischler

gesucht

für dauernde, lohnende Arbeit.
Möbelfabrik Richard Saalfeld,
Helmstedt.

Einige **Polterer** per sofort gesucht.
Detmolder Stuhlfabrik und Dampfsägewerk,
Gustav Milse, Detmold.

Tüchtige Möbeltischler auf eichene Möbel finden dauernde und lohnende Arbeit bei
O. F. Schulze, Möbelfabrik
in **Priebus i. Schl.**

Anfragen über Arbeits- u. Lohnverhältnisse bei der Lokalverwaltung.

Wir suchen per sofort **2 tüchtige Tischler** auf feine fournierte Möbel (Sofa-Umbauten) sowie **einen tüchtigen Möbelpolierer** für obengenannte Arbeiten.
Sangerhausen, Möbelfabrik,
Brann & Richardt.

Zwei tüchtige, selbständige Tischler auf Bau und Möbel

sucht

L. Bernhardt in Duderstadt.

Tüchtiger Hobler für Dicken- und Abrichtmaschine findet dauernde Beschäftigung.
Steinhagen & Hirsekorn, Schönlanke.

1 tücht. Fenstermacher sof. gesucht bei dauernder Besch. **Lorenz Altfüllisch,** Glasermeister, **Brückenau i. Unterfranken.**

Tüchtiger Stellmacher

sofort gesucht nach **Coswig** (Anhalt) beim Stellmachermeister **Belitz,** Feldweg. Derselbe muß Verbandsmitglied sein.
Die Ortsverwaltung.

Hartgummi-Drechsler.

Jüngerer lediger Drechsler, mit der Fabrikation von **Füllfederhaltern** durchaus vertraut, für dauernd nach **Süddeutschland** gesucht.

Offerten mit Angabe der seitherigen Tätigkeit und Lohnansprüchen unter **E. L. 85** an die Expedition d. Bl.

Mehrere tüchtige **Handrundschneider,** die auch zurichten können, gesucht.
Korkfabrik **Dornbusch, Bonn.**

Zwei Korbmacher finden auf Gematt und geschlagene Arbeit dauernde Beschäftigung bei
O. Schäfer,
Westrhauderfehn b. Leer (Ostfriesland).

Tüchtige Korbmacher,

welche auf **Rohrkörbe** gut eingearbeitet sind, finden sofort dauernde Arbeit.
Süddeutsche Rohrwaren-Industrie,
Ford. Althoff, Nürnberg.

Gesucht tüchtige Korbmacher

auf Geschoßtransportkörbe. Dauernde Beschäftigung. **Emil & Wilh. Schrader,**
Hamburg, 1. Neumannstr. 23.

Auf weiß Großgeschlagenes suche pr. sofort **zwei jüngere Gesellen** bei dauernder Arbeit.
Willy Taeger, Korbmacher,
Heldrungen i. Thür.

Teilhaber mit zirka *M.* 6000 für kl. Möbelf. gesucht. Off. u. **M. 150** a. d. Exp. d. Bl.

Tischlerei mit Motorbetrieb, 6 Hobelbänke, in einer Stadt Thür. w. Krankheit sofort zu verk. Preis *M.* 12 000. Off. a. Exp. d. Bl. u. **R. 100.**

Umsonst und franko erh. jed. mein. **Pracht-Katalog** m. ca. 3000 Abbildung. v. Messer, Scheren, **Sensen,** Waffen, Fernrohre, Gold- und Lederwaaren 2c. (unentbehrlich f. jed. Haushalt). Empfehle unübertroffene **Silberstahl-Rasirmesser** mit Etui zu 2 Mk., dito **Diamantstahl** 3 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.
Fritz Hammesfahr,
Foche-Solingen, Stahlw.-Fabr. u. Versand.

Feinstes Pflaumenmus

aus erster Hand.

Kübel 30—60 Pfd. Inhalt, pro Ztr.	*M.*	14,—
Fässer 100 „ „ „ „ „	„	14,—
„ 2/300 „ „ „ „ „	„	13,—
Emaille-Eimer 25 Pfd. Inh. pro Stck.	„	4,50
Postblech-Eimer 9 „ „ „ „ „	„	2,—

offeriert ab Magdeburg (unfrankiert) gegen Nachnahme
Herm. Henschke, Magdeburg 12,
Faßlochsberg 19,
Musfabrik mit elektrischem Betrieb.

Wagnerei

(gutgehend) sofort zu verkaufen. Näheres
J. Höfel,
Kastel b. Mainz, Marktstr. 3.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Südd. Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erfolgreichste Lehrmethode.

Kranken- und Sterbekasse der Tischler

und im Tischlerfach beschäftigten Arbeiter für Hamburg und Umgegend

(E. H. Nr. 21).

Zum Beitritt berechtigt ist jeder Tischler und in ähnlichen Berufen beschäftigte Arbeiter vom 15. bis zum 50. Lebensjahre.

Das Eintrittsgeld beträgt *M.* 1,50, der vierwöchige Beitrag *M.* 2.

An Unterstützungen gewährt die Kasse neben freiem Arzt, Arznei und sonstigen Heilmitteln ein wöchentliches Krankengeld von *M.* **12** oder freie Verpflegung im Krankenhause für die Dauer von 52 Wochen.

Im Sterbefall gewährt die Kasse ein Sterbegeld von *M.* **120.**

Die Kasse genügt dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes und ist im Besitze des gesetzlichen Reservefonds.

Eintrittsscheine und Statuten können an folgenden Stellen entgegengenommen werden: 1. **Verbandsbureau,** ABC-Straße 13, 1. Et.; 2. **A. Lemcke,** Ecke Vereins- und Belle-Alliancestraße; 3. **R. Ellerbrok,** Hamburgerstr. 134; 4. **A. Boenchendorf,** St. G., Langereihe 73; 5. **H. Christiansen,** Altona, Blumenstr. 41, und im

Bureau der Kasse, Spitalerstr. 85, Hs. 4, part.,
geöffnet Vorm. 8—10 Uhr, Nachm. 6—8 Uhr.

Die Mitglieder der Kasse werden ersucht, den Kollegen die Kasse in Erinnerung zu bringen.
Der Vorstand.

Umsonst und portofrei versenden wir an jedermann unseren Hauptpreiskatalog, **Ausgabe 1903,** mit zirka 2000 Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- u. Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltungsartikel, sowie vielen Neuheiten.

Namen in Goldschrift pro Stück 10 ₰ mehr.

Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir, genau auf unsere Firma u. Fabrikmarke zu achten.

Fabrikmarke

Rotkäppchen

Silberstahl-Rasiermesser No. 30,

fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Etuis, pro Stück *M.* **1,50.**

Um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von d. Güte u. Billigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir obiges Rasiermesser unter 5jähr. Garantie 30 Tage zur Probe. Besteller verpflichtet sich jedoch, den Betrag von *M.* 1,50 binnen 30 Tagen ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme.

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 13.
Stahlwarenfabrik u. Versandgeschäft.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattîne, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch **altmahagoni** und **englischgrün,** rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: R. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.